



Das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Klasse ohne Mehrheit?

Mit Beiträgen von Matthias W. Birkwald, Christine Buchholz, Fabio de Masi, Richard Detje, Andreas Fisahn, Axel Gerntke, Harri Grünberg, Katja Kipping, Ralf Krämer, Alexis Passadakis, Bernd Rixinger, Alfred Spieler, Peter Wahl, Sabine Zimmermann

Nr. 2 - Frühjahr 2013



Inhalt

Europa in der Krise

- 02 Interview: Zur Politik von Françoise Hollande
12 Demokratie statt autoritäre Integration
18 Kommentar: Goodbye Europe?!

Hadrien Clouet
Andreas Fisahn, Alexis Passadakis, Peter Wahl
Fabio de Masi

LINKE und Arbeiter/innen-Klasse

- 22 Kommentar: Lackmustest Umverteilung
24 Beschäftigte und Krisenbewusstsein
30 Politik für die Mehrheit: Eine starke LINKE 2013

Bernd Rixinger
Richard Detje
Sozialistische Linke

Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente

- 36 Für einen sozial-ökonomischen Richtungswechsel
48 Den Richtungswechsel voran treiben: Für eine gute Rente und ein gutes Leben im Alter
54 Gleiche soziale Rechte in Ost wie West – Aufgabe der gesamtdeutschen LINKEN
58 Kommentar: Ein weites Feld für linke Alternativen

M. W. Birkwald, A. Gerntke, R. Krämer
Katja Kipping
Sabine Zimmermann
Alfred Spieler

Arabischer Frühling und neuer Imperialismus

- 62 Arabische Revolution und der säkulare arabische Nationalismus
72 Solidarität mit der Revolution in Syrien - nein zur ausländischen Intervention

Harri Grünberg
Christine Buchholz

Sonstiges

- 04 Selbstdarstellung der Sozialistischen Linken und Unterstützungserklärung
60 Aufruf zur Teilnahme an den Regionalkonferenzen zum Bundestagswahlprogramm
76 Autorinnen und Autoren
79 Spendenaufruf für die Sozialistische Linke
80 Hinweis auf die Sommerakademie des Soli-Vereins e.V.



Impressum

realistisch und radikal - Das Debattenheft der Sozialistischen Linken

Redaktion: Ralf Krämer, Fabio de Masi, Marianna Schauzu, Felix Syrovatka, Alban Werner

Vi.S.d.P.: Fabio de Masi, c/o DIE LINKE - Sozialistische Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Fotos: Ulf Stephan | R-Mediabase (S.7), FdG (S.8), Linksfraktion | flickr (S.30), Hans-Dieter Hey | R-Mediabase (S.43), Dietmar Treber | R-Mediabase (S.47, 48), gallica.bnf.fr / Bibliothèque nationale de France (S.64-65, S.68-69), privat

Druck: Laserline, Berlin

Vorwort

Liebe Genossin, Lieber Genosse,

du hältst gerade die zweite Ausgabe von *realistisch & radikal* - Das Debattenheft der Sozialistischen Linken – in den Händen. Debattenheft? Mitten im Superwahljahr?

Eine LINKE, die für die Interessen der Bevölkerungsmehrheit streitet und nicht nur über das eigene Personal, wird gebraucht. Zudem muss sich eine Partei ständig neu erfinden und Klarheit über ihre Strategie und Ziele schaffen, damit sie weiß wofür sie kämpft. Vor uns liegt ein weiter Weg: Unser Ruf als gesamtdeutsche LINKE und als Interessenvertretung der Lohnabhängigen hat Schaden genommen. Seit dem Göttinger Parteitag erholen wir uns langsam aber stetig. Diesen Weg gilt es fortzusetzen.

Die Schwerpunkte dieses Heftes sind Arbeit & soziale Gerechtigkeit, Europa & Demokratie sowie Arabischer Frühling & Syrien.

Auch nach dem Beschluss des Parteiprogramms in Erfurt gibt es unterschiedliche Perspektiven wie zentral das Thema Arbeit & soziale Gerechtigkeit ist. Erinnern wir uns an Debatten nach Fukushima und bei Stuttgart 21 oder die (voreilige) Ausrufung der PIRATEN zum neuen Erfolgsmodell der Berliner Republik. Auch in der Europapolitik gibt es in der Partei Meinungsunterschiede: Es besteht zwar Einigkeit, dass die Krisenpolitik der Kanzlerin die Krise verschärft und Demokratie und Sozialstaat in Europa zerstört, doch gibt es auch unterschiedliche Akzente, etwa bei der Einschätzung der europäischen Integration. Bedeutet „mehr Europa“ unter den gegenwärtigen Bedingungen ein deutsches, ein neoliberales Europa oder ist es die Antwort auf die Krise? Schließlich gibt es auch Kontroversen über die Umbrüche im Nahen Osten. Aus dem arabischen Frühling wurde ein syrischer Winter. Wo steht DIE LINKE in diesem blutigen Konflikt? Auf der einen Seite steht der berechtigte Ruf der Bevölkerung nach sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Auf der anderen Seite stehen westliche Mächte, die über militärische und politische Intervention neue Regime installieren möchten.

Unser Dank gilt unseren AutorInnen sowie insbesondere Alban Werner und Felix Syrovatka. Sie haben Zeit und Kraft in die Betreuung des Heftes investiert.

Wir hoffen, dass unser Debattenheft genug Stoff für weitere Diskussionen bietet. Wir wünschen uns nicht nur, dass Du es liest sondern mit auch mit Anderen darüber sprichst und diskutierst. Du kannst weitere Exemplare für Deine Basisorganisation kostenlos unter info@sozialistische-linke.de bestellen.

Wir freuen uns auf ein erfolgreiches Wahljahr.

Euer Redaktionskollektiv

DIE SOZIALISTISCHE LINKE (SL)

www.sozialistische-linke.de
www.facebook.com/sozialistischelinke

WER sind wir

Die SL ist die GEWERKSCHAFTLICH ORIENTIERTE STRÖMUNG der Partei DIE LINKE. Wir knüpfen an linkssozialistische, links-sozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen an. **KLASSENORIENTIERUNG:** Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und die gemeinsamen Interessen der lohnabhängigen Mehrheit (Beschäftigte, Erwerbslose, Rentner/innen, lernende Jugend) sind der Anker unserer Politik. Die Gründer/innen der SL kamen überwiegend aus der WAHL-ALTERNATIVE ARBEIT & SOZIALE GERECHTIGKEIT (WASG), jedoch auch aus der PARTEI DES DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS (PDS). Wir haben heute über 800 Mitglieder in Ost wie West. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist POLITISCHE BILDUNG (z.B. die jährliche Sommerakademie).

WAS wir wollen

Wir streiten für GUTE ARBEIT, LÖHNE UND RENTEN; EINE AUSWEITUNG DES ÖFFENTLICHEN EIGENTUMS, ÖFFENTLICHER INVESTITIONEN UND DES STAATS SOWIE FRIEDEN. Wir wollen die Lebensverhältnisse der Mehrheit verbessern, die Macht des Kapitals brechen und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft verwirklichen. Die SL will eine kampagnenfähige MITGLIEDERPARTEI, die sich auf gemeinsame Interessen von Lohnabhängigen konzentriert und eine starke Verankerung in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sucht. Gewerkschaftliche Orientierung bedeutet kein unkritisches Verhältnis zu Gewerkschaften. Wir wollen unabhängige und kämpferische Gewerkschaften, die sich aus der Umklammerung der SPD lösen.

WARUM gewerkschaftliche Orientierung?

Gewerkschaften sind die Interessenorganisationen der Lohnabhängigen. Sie können – z.B. über Streiks – dem Kapital direkt in die Speichen greifen.

WARUM Politik der Arbeit?

Arbeit schafft den Reichtum der Gesellschaft und ist Voraussetzung für die Finanzierung des Sozialstaats. Wir brauchen gemeinsame Kämpfe: Hartz IV ist z.B. nicht nur Armut per Gesetz, sondern auch Lohndrückerei. Wir wollen uns nicht in den Verhältnissen einrichten. Wir wollen den Kapitalismus überwinden. Es bringt aber nichts, nur radikale Sprüche zu klopfen oder Wunsch-Dir-Was-Forderungen zu erheben. Die LINKE muss REALISTISCH UND RADIKAL sein, wenn sie Massen mobilisieren und Kräfteverhältnisse nach links bewegen will.

STRÖMUNGEN

Machtkämpfe und Strömungen gibt es in allen Parteien. Statt Seilschaften, die vor allem für persönliche Interessen streiten, wollen wir offen und demokratisch für unsere Ziele werben. Unser Ziel ist eine STARKE LINKE.

realistisch
und radikal

Erklärung der Unterstützung

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja nein

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name: Vorname:

Straße:

PLZ und Ort:

Landesverband:

Kreis-/Bezirksverband:

Ggf. Parteifunktionen:

Telefonnummern:

E-Mail:

Aktiv, ggf. Funktion in weiteren Organisationen:

Geburtsdatum:

Ort, Datum: Unterschrift:

Bitte abtrennen und schicken an:

**Sozialistische Linke, DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin**

SOZIALE
GERECHTIGKEIT
JETZT!

Millionärste
jetzt! DIE LINKE



Interview

„Es gibt kein gerechtes Sparen“

Die Front de Gauche zur Politik von François Hollande, dessen Reform der Mehrwertsteuer mit 20 Milliarden Euro Einnahmen die Steuergeschenke an große Unternehmen gegenfinanzieren soll.

Hadrien Clouet



R+R In den deutschen Medien wird über die Politik von Präsident François Hollande so berichtet, als mache er eine Politik der radikalen Umverteilung von oben nach unten. Ist die politische Wirklichkeit Frankreichs damit zutreffend beschrieben?

Hadrien Clouet Ganz bestimmt nicht. In Wirklichkeit ist die Regierung auf offener Strecke gegenüber den mächtigen Finanzinteressen eingeknickt. Der fiskalpolitische Kurs zeigt ganz klar die Schwäche der Regierung gegenüber gut organisierten Lobbygruppen. Die Kapitulation der Regierung hat sich in drei Etappen vollzogen: Zuerst im Wahlkampf, wo Hollande einige diskussionswürdige Fragen eingebracht hat. Im Januar hatte er sich dazu bekannt, Lebensversicherungen zum selben Satz wie andere Einkünfte zu besteuern. Im März ruderte er wieder zurück, jetzt sollten die fiskalischen Privilegien durch Steuerbefreiung beibehalten werden. Nicht einmal vier Tage hatte es gedauert, bis er nach einem Treffen mit dem Dachverband der französischen Versicherungen in den Rückwärtsgang schaltete.

Einmal an der Macht fand sich sein Wahlkampfeslogan, die Einkommenssteuer ab einer Millionen Euro auf 75% zu erhöhen in der Schusslinie, nachdem sich Superreiche wie Bernard Arnault öffentlich beschwert hatten. Ganz abgesehen von der unzureichenden Ausgestaltung der Steuer (weil man auf das Stopfen von Schlupflöchern für große Vermögen verzichtet hat), wurde sie auch noch für befristet erklärt. Und dann hat die Regierung sie auch noch ausgehöhlt, indem Kapitaleinkünfte ausgenommen wurden und man einen „Steuerschutzschild“ auf höherem Niveau bei 75 % wieder hergestellt hat!

Das dritte Zurückrudern gab es während der Haushaltsverhandlungen, als die Parti Socialiste (PS) Belastungen fürs Kapital wiedereingeführt hat (mit Freibeträgen von 40 % bei Dividenden, gegenüber 10 % bei Arbeitseinkünften, und dem Wiederherstellen steuerlicher Privilegien für Wertzuwächse mit einer Pauschalabgabe von 19 %).

Sprich, die so lautstark versprochene fiskalische Revolution ist einem ständigen Reformverzicht gewichen, und die einzige wirklich neue Maßnahme der Regierung ist ausgerechnet die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahr 2013, die 20 Milliarden Euro einbringen soll, um Steuergeschenke an große Unternehmen zu finanzieren!

Aber hatte nicht Hollande auf seinen Wahlplakaten dem französischen Volk versprochen „Es ist jetzt Zeit für den Wandel“? Welche fortschrittlichen Forderungen wurden verwirklicht?

Er hat die Zahlung an Eltern schulpflichtiger Kinder zum Schuljahresbeginn erhöht, den Mindestlohn (SMIC) um 0,3 % erhöht, Mieterhöhungen bei Neuvermietungen verboten, den Renteneintritt ab 60 Jahren wiederhergestellt für alle, die ab ihrem 18. Lebensjahr Rentenbeiträge gezahlt haben, und wird für homosexuelle Paare das Recht auf Heirat einführen. Bei allen anderen Maßnahmen besitzt Hollande die Gabe, seine Vorschläge inhaltlich zu entleeren: etwa die Bank für öffentliche Investitionen. Sie wird nicht Bankguthaben von Spekulationsgeschäften trennen. Der Steuerzahler wird am Ende doch wieder für die nächsten Bankenpleiten aufkommen. Davon abgesehen verfügt die neue öffentliche Bank nur über 42 Mrd. Euro, d.h. zehn mal weniger als die deutsche KfW! Es mag aussehen, als mache Hollande fortschrittliche Politik, aber im Grunde gibt er Stück für Stück sein Programm preis.

Wir haben mitbekommen, dass die Grünen (anders als die Mehrheit von Hollands Sozialistischer Partei, PS) im Parlament gegen den Fiskalpakt gestimmt haben. Gibt es denn bedeutende Kritiker dieses Kurses in der PS? Könnte die Basis der Mitte-Links-Parteien nicht überzeugt werden, für andere Mehrheiten in ihren Organisationen zu kämpfen?

Ich zitiere dazu mal Hollande selbst aus « Le Point » vom Donnerstag, 20.12.: „Sie stimmen alles durch. Man muss sich mal anschauen, was sie alles haben schlucken müssen: Wettbewerbspakt, europäischer Haushalt, Ausgabensenkungen... Jetzt muss man sie etwas schonen“. Diese Verachtung ist unglaublich... aber die ausbleibende Reaktion der Mehrheit ist noch beunruhigender!

Selbstverständlich gibt es auch KritikerInnen, wie Abgeordnete, die sich weigern ihr Programm zu verraten. Genau hier ist auch der Ansatz mit Jean-Luc Mélenchon: Wir kämpfen für eine andere Mehrheit, bestehend aus der Linksfrent und den linken Flügeln der PS und der Grünen. Wir nehmen genau zur Kenntnis, dass Teile der Mehrheit sich der Deindustrialisierung schämen, dass mehrere Dutzend sozialistische und grüne Abgeordnete gegen den Fiskalpakt gestimmt haben, und vor allem dass die Basis der PS die Hoffnung verloren hat.

Was denken die FranzöslInnen mehrheitlich über die Sparpolitik der neuen Regierung?

Die Ablehnung ist stark. Viele fragen sich: Wozu haben wir den Präsidenten ausgewechselt, wenn die Standortschließungen weitergehen, die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, die Abschiebungen fortgesetzt werden, die Sparpolitik weiter Europa regiert. Dabei hatte die Mehrheit der FranzöslInnen schon 2005 beim Verfassungsreferendum mehrheitlich gegen so eine Politik gestimmt. Da liegt der Kern unseres Projekts einer „anderen Mehrheit“: wir wissen, dass beim französischen Volk eine Mehrheit gegen die neoliberale Politik vorhanden ist, dass unsere Ideen in diesem Punkt mehrheitsfähig sind. In einer Umfrage vom Oktober 2012 hat über die Hälfte der FranzöslInnen die Sparpolitik als „Fortsetzung der Ungerechtigkeit“ zurückgewiesen. Unsere politische Aufgabe besteht darin, die Verbindung beider Probleme aufzuzeigen: wir müssen deutlich machen, dass die Sparpolitik eine europaweite Kampagne neoliberaler Eliten ist, die die EU Seit' an Seit' mit der Sozialdemokratie beherrschen, und dass ein „gerechtes Sparen“ unmöglich ist. Deutlich werden muss der politische Gegensatz zwischen den VertreterInnen einer unsozialen Politik und den UnterstützerInnen einer sozialen Wachstumspolitik, die nicht vor dem Privateigentum zurückschreckt, wenn es darum geht eine Fabrik zu retten.

Welche wichtigen Entwicklungen gibt es bei den Kräften der „linken Linken“ („gauche de gauche«)? Wird die sog. Neue Antikapitalistische Partei (NPA) das Jahr 2013 überstehen? Welche Strategie hat die Linksfrent gegenüber der klassischen politischen Rechten (von Sarkozy), die von Spaltung bedroht ist, und einer absoluten Mehrheit des Präsidenten in der Nationalversammlung?

Die Linksfrent wächst weiter. Erst kürzlich hat sich uns die Gruppierung der Alternativen als neunte Partei angeschlossen. Unsere Strategie besteht darin, weiter Druck auszuüben auf die Mehrheit des Präsidenten, die – das muss man in Erinnerung rufen – auch

aus vielen Abgeordneten außerhalb der PS besteht (Linksliberale, Republikanische BürgerInnenbewegung, Grüne). Was die NPA angeht, kann nur sie selbst ihre Überlebenschancen verbessern, und die hängen stark von ihrem Verhältnis zur radikalen Linken ab... Nach acht Monaten neuer Regierung unter Hollandes Präsidentschaft ist klar, dass der versprochene Wandel nicht stattgefunden hat (Verabschiedung des Fiskalpakts, 20 Mrd. Steuergeschenke an Großkonzerne, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Vereinbarungen zur Flexibilisierung des Arbeitsrechts), aber schlimmer noch, dass die neoliberalen Rezepte nirgendwo funktionieren. Aus unserer Sicht ist das Leben in diesem Land nicht zu ändern, solange wir nicht die Logik der Finanzmärkte bekämpfen und die Austeritätspolitik, die sie diktiert. Wir planen daher eine breite Aufklärungskampagne über mehrere Monate, um dem Sich-Abfinden entgegen zu treten und aufzuzeigen, welche linken Alternativen es gibt. Diese Kampagne richtet sich an die WählerInnen von François Hollande, die den Wechsel wollen, und der Bevölkerungsmehrheit, die unter zu niedrigen Gehältern und sozialer Unsicherheit leidet. Wir wollen die ganze Richtung der Debatte ändern und mit Nachdruck zeigen: nicht die Arbeit kostet zu viel, sondern das Kapital. Die Kampagne der Linksfront startet am 23. Januar mit den SprecherInnen aller beteiligten Parteien bei einem Treffen in Metz, in Anwesenheit der Beschäftigten des dort befindlichen Metallwerks. Wir sagen: ja, wir können Beschäftigung erhalten und schaffen!

Wie wichtig sind Euch Eure „Schwesterparteien“ in den anderen europäischen Ländern und Deutschland? Wurden die Schwierigkeiten der LINKEN in 2010/2011 bei Euch registriert und diskutiert?

Für uns ist die politische Entwicklung in Europa von größter Bedeutung. Wir sind nicht nur überzeugte InternationalistInnen, sondern die Linksfront hat sich anlässlich der Europawahlen 2009 gegründet! Die europäische Frage ist die des eisernen Bandes unserer gemeinsamen Identität. Wir beobachten auch gespannt, was sich bei unseren Schwesterparteien abspielt. Alle unsere ParteigenossInnen, die in Deutschland leben ermutigen wir, sich der LINKEN anzuschließen, um Kontakte und Informationen auszutauschen, und wir veröffentlichen häufig Mitteilungen in Reaktion auf die aktuelle Politik in Deutschland. Jetzt, da François Hollande zunehmend die Agenda 2010 von Gerhard Schröder übernimmt, sind wir noch stärker dazu angehalten, wachsam zu sein und von Euren Erfahrungen zu lernen.

Die Schwierigkeiten der LINKEN sind bei uns nicht unbemerkt geblieben, und wir haben mehrfach unsere volle Unterstützung erklärt, d.h. unsere Verfügbarkeit, falls Ihr uns brauchen solltet. Man darf nicht vergessen : DIE LINKE ist das Vorbild einer linken Sammlungsbewegung, der wir die Linksfront 2009 nachgebildet haben! Wir führen auch bereits Gespräche mit der LINKEN im Hinblick auf die Wahlen 2013 und bieten Euch wiederum unsere europäische Solidarität und Unterstützung als AktivistInnen an.

Mehr denn je steht die Wahrheit vor einer Mauer des großen Geldes. Um es mit Brecht zu sagen: „wenn die Wahrheit zu schwach ist, sich zu verteidigen, muss sie zum Angriff übergehen“.

Anmerkung der Redaktion: Das Interview wurde geführt, bevor der französische Verfassungsrat am 29.12.2012 die neue „Reichensteuer“ von Hollande aus handwerklichen Gründen für rechtswidrig erklärte.

Demokratie statt autoritäre Integration

Für eine neue emanzipatorische Position zur Europäischen Union
13 vorläufige Thesen zum Diskussionsanstoß, Berlin/Bielefeld, Juli 2012

Andreas Fisahn, Alexis Passadakis, Peter Wahl



1. Eine Entscheidungssituation bahnt sich an

Die Euro-Krise spitzt sich täglich zu. Es bahnt sich eine Situation an, in der sich die Zukunft des Euros entscheiden muss. Mit diversen neuen Regelsystemen und Institutionen, zuletzt Fiskalpakt und ESM, werden grundsätzliche Weichenstellungen der Krisenpolitik bereits versucht. Zusätzliche und weitreichende Entscheidungen stehen auf der Tagesordnung – z.B. Fiskalunion und Bankenunion. Auf jeden Fall wird die Krise und die Zukunft der EU den Bundestagswahlkampf und darüber hinaus die politische Agenda auf absehbare Zeit beherrschen.

Die Vorschläge zur Krisenlösung - aus welcher Richtung sie auch kommen - sind unvermeidlich mit Konsequenzen für die Zukunft der EU verbunden. Deshalb steht die Diskussion europapolitischer Zielvorstellungen erneut auf der Tagesordnung.

2. Angst essen Kritik auf

Im deutschen Diskurs ist die Vertiefung der Integration Teil der Staatsraison. Diese Position bezeichnet sich selbst als Pro-Europäisch. Sie erstreckt sich im parteipolitischen Spektrum mit unterschiedlichen Schattierungen von der Mehrheit der FDP, über die CDU, SPD, Grünen und Teile der LINKEN. Die Parole ist: Mehr Europa - bis hin zu den Vereinigten Staaten von Europa. Weitere Integration heißt: Transfer von nationalstaatlicher Souveränität – und damit auch parlamentarischer Rechte - an den supranationalen Zentralstaat in Formierung.

Die bisher einzige öffentlich sichtbare Opposition in Deutschland kommt aus dem rechten Spektrum. Sie ist nationalistisch oder standortchauvinistisch motiviert. Angesichts dieser Konstellation traut sich im emanzipatorischen Lager kaum jemand, den herrschenden Integrationskurs in Frage zu stellen. Man befürchtet, in der binären Logik dieser zwei Lager eingeordnet zu werden und als anti-europäisch, national borniert und rückwärtsgerichtet denunziert zu werden.

3. Statt mehr Europa bekam die EU mehr Neoliberalismus und mehr Deutschland

Zwar war die EU schon von Anfang an ein Elitenprojekt, in dem Kapitalinteressen vor anderen privilegiert waren. In den Neunzigern hat sich jedoch mit der neoliberalen Hegemonie und deren Materialisierung in Binnenmarkt, Maastricht etc. die Asymmetrie drastisch verschärft. Mit der Einführung des Euro und dem Lissabon-Vertrag setzte sich dieser Integrationstyp fort, um im Fiskalpakt zu gipfeln. Unter dem Etikett „Mehr Europa“ gab es in Wirklichkeit mehr Neoliberalismus, mehr Wettbewerb, mehr Bundesbank (in Gestalt der EZB), mehr Austerität, mehr Deutschland. Die Interessen der Wirtschaft, vorneweg der Finanzmärkte, wurden in der Regelsetzung zu hard law, das vom EuGH inzwischen auch durchgesetzt wird. Arbeit und Soziales kommen dagegen allenfalls als unverbindliches soft law vor.

Das einseitige Regelwerk hat enorme Bindewirkung und eine weit in die Zukunft reichende Pfadabhängigkeit geschaffen, der sich auch potentiell linke Regierungen selbst großer Mitgliedsstaaten nur sehr schwer entziehen können.

4. Das Dilemma emanzipatorischer Europapolitik

Angesichts dessen versucht emanzipatorische Politik mit der Parole „Mehr Europa - aber anders“ einen dritten Weg. Das soziale Europa wird zur Alternative erklärt. Allerdings wird dieser Ansatz seit mindestens zwei Jahrzehnten erfolglos verfolgt. Die Realität geht in die gegenteilige Richtung. Insofern ist der Versuch des dritten Weges politisch marginalisiert.

Ein Grund, wenn sicherlich auch nicht der Einzige, liegt in der politischen Selbstfesselung, die weitere Vertiefung der Integration für per se gut finden zu müssen, weil die EU als post-nationaler Akteur, wahrgenommen und die post-nationale Option vor dem Hintergrund internationalistischen Selbstverständnisses und der deutschen Geschichte als Gegensatz zur nationalen positiv konnotiert wird. De facto ruft aber die gegenwärtige Logik der EU-Integration selbst einen zunehmend virulenten Nationalismus und Chauvinismus auf den Plan.

5. Die binäre Logik aufbrechen

Emanzipatorische Politik ist daher wie schon bei der Etablierung des Binnenmarktes wiederum in der Gefahr, sich nur mit halber Kraft gegen einen weiteren neoliberalen Integrationsschub zu stellen. Deshalb muss sie sich von der binären Logik frei machen und eine eingriffsfähige Strategie für den Umgang mit der EU entwickeln.

6. Legitimationsressourcen erschöpft

Als nach dem Zweiten Weltkrieg der europäische Integrationsprozess begann, bezog er seine Legitimität aus seiner friedenspolitischen Funktion. Der Westen hatte mit der europäischen Integration die richtigen Lehren aus der katastrophalen Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg gezogen. Die Deutsche Frage sollte jetzt nicht mehr durch Demütigung und Schwächung des bevölkerungsreichsten Landes im Zentrum des Kontinents, sondern durch seine Einbindung - vor allem durch ökonomische Integration - gelöst werden. Auch die Einführung des Euro war von Mitterand in dieser geopolitischen Logik als Mittel zur Bindung des wiedervereinigten Deutschlands gedacht.

Das traf sich mit den Interessen der (west)deutschen Funktionselemente, die durch die Nazi-Zeit völlig kompromittiert waren. Die Westintegration war der einzige Weg für sie, wieder in die internationale Staatengemeinschaft zurückzukehren. Zudem passte das gut in den Kalten Krieg.

Die Strategie des Westens war erfolgreich. Weitere kriegerische Konflikte in Westeuropa verhindert zu haben, ist ein großes historisches Verdienst. Aber die friedenspolitische Mission der europäischen Integration ist erfüllt, ein Krieg zwischen Mitgliedsländern heute undenkbar. Als Legitimationsressource für die weitere Integration ist das Argument erschöpft.

Allerdings wirft die aktuelle Logik der Integration die Deutsche Frage wieder auf – wenn auch der Einsatz der ökonomischen Potenz des heutigen Deutschlands nicht mit dem wilhelminischen Imperialismus und schon gar nicht den Nazi-Aggressionen zu vergleichen ist.

7. Das europäische Modell gegen die Globalisierung schützen?

Zeitweise war als neue oder Aushilfslegitimation die Verteidigung des „europäischen Modells“ gegen die Zumutungen der Globalisierung im Schwange. Auch wenn nie so recht klar war, was das europäische Modell ausmacht, galt vor allem in der deutschen Diskussion der Rheinische Kapitalismus mit seinem Sozialstaat als dieses Modell.

Der tatsächliche Entwicklungsweg der EU seit den Neunzigern (s. Punkt 4) und das gegenwärtige Krisenmanagement sind jedoch ein einziges Dementi dieser Behauptung. Die EU war und ist ein entscheidender Motor der neoliberalen Globalisierung, u.a. indem:

- mit Hilfe des Binnenmarkt-Projekts die neoliberale Wettbewerbslogik in der EU verankert wurde;
- durch eine aggressive Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte der Aufstieg des finanzmarktgetriebenen Akkumulationsregimes massiv mitbetrieben wurde;
- durch aggressive Freihandelspolitik die Öffnung zum und die Expansion in den Weltmarkt forciert wurde;
- der Binnenmarkt dann diesem Konkurrenzdruck im Geiste des Standortwettbewerbs ausgesetzt wurde, mit entsprechendem Druck auf Arbeit, Soziales, Umwelt und Demokratie.

Das Modell der nationalstaatlich verfassten Sozialstaatlichkeit in Europa wurde und wird weiter abgebaut. Das Argument, wir bräuchten die EU zum Schutz gegen Globalisierung, hat seine Glaubwürdigkeit verspielt.

8. Der Traum von der Supermacht – keine emanzipatorische Legitimation

Angesichts des Legitimationsdefizits tritt ein anderes Motiv hinter dem Interesse an weiterer Integration zunehmend ans Licht: der Ausbau der EU zur Supermacht, die zusammen mit den USA und China dann die G3 bilden, quasi ein globales Triumvirat.

Dieses Motiv wird zusätzlich durch das Tempo und die Tragweite angetrieben, mit der sich das internationale System derzeit in Richtung Multipolarität neu konfiguriert. Wenn man die Welt durch die Brille der Macht- und Geopolitik betrachtet, muss der Aufstieg Chinas zur Supermacht, das Potential Indiens, Brasiliens und anderer Schwellenländer, die Versuche Russlands an alte Zeiten anzuknüpfen aus EU-Sicht tatsächlich Sorge bereiten. Die 500-jährige Epoche, in der Europa und sein nordamerikanischer Ableger das Schicksal der Welt dominierte neigt sich ihrem Ende zu.

Wer in Europa auch zukünftig in der globalen Hackordnung möglichst weit oben mitmischen will, kann das nur im Verbund mit anderen. Mindestens ein Kerneuropa müsste dafür her.

Es liegt auf der Hand, dass eine Supermacht EU für emanzipatorische Europapolitik indiskutabel ist. Freilich ist damit zu rechnen, dass nach dem Muster der Responsibility to Protect mit der bereits in Afghanistan etc. die zeitgenössische Variante der Kanonenbootpolitik gerechtfertigt wurde, auch eine massenwirksame Form des Supermachtgedankens präsentiert werden wird, etwa im Sinne einer Responsibility to Protect die Umwelt oder den Zugang zu Rohstoffen.

9. Integration ist kein Selbstzweck

Die EU war bereits vor Einführung des Euro eine historisch einzigartige Form der Vergesellschaftung. Ein derart hohes Maß an supranationaler Integration gab und gibt es sonst nirgendwo. Und es wird sehr lange dauern, ehe in anderen Regionen ein ähnlich verdichteter Raum entsteht.

Selbst wenn einzelne Länder den Euro verlassen, wird das nicht das Ende der EU sein. Die ökonomischen, politischen und rechtlichen Verflechtungen sind nach 60 Jahren so eng geworden, dass sie auf vielen Gebieten irreversibel geworden sind. Die Auflösung der EU und der Rückfall in das pure Nebeneinander von Nationalstaaten sind unrealistisch.

Ohnehin bestand auch schon vor der Krise eine EU mehrerer Zonen und Geschwindigkeiten der Integration. Wie der britische Regierungschef kürzlich klar gemacht hat, wird sich das auch nicht ändern: „Wir sind weit davon entfernt zu wenig Europa zu haben, wir haben zuviel. ... Wir werden uns nicht hinter griechische oder portugiesische Banken stellen, und unsere Banken werden von der Bank von England reguliert, nicht von der EZB. ... Als Handelsnation braucht Britannien ungehinderten Zugang zu europäischen Märkten und Mitsprache wie die Regeln dieses Marktes geschrieben werden.“ Das ist auch eine Variante von europäischer Integration.

Damit soll keineswegs eine grundsätzliche Ablehnung einer weiteren Integration das Wort geredet werden, sondern zunächst nur der Ablösung von einer scheinbar alternativen Vertiefung. Es gibt keinen Grund für emanzipatorische Politik, die „Fahrradtheorie“ der Integration („immer vorwärts, sonst fällt's um“) zu übernehmen.

Dabei kann auch eine Vertiefung der Integration eine Option sein. Aber eben auch ein entschiedenes Integrations-Moratorium und Beibehaltung des Status quo, oder auch eine selektive Sub-Regionalisierung oder eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf das nationalstaatliche Terrain in bestimmten Politikfeldern. Entscheidend ist, dass jede Entscheidung, wie immer sie aussieht, nicht wieder von oben oktroyiert wird.

Bereits Keynes war zwar für die Globalisierung des Handels, die Finanzmärkte aber sollten unter nationalstaatlicher Kontrolle bleiben. Allein die Kapitalflucht aus den Krisenländern zeigt, wie notwendig wieder Kapitalverkehrskontrollen wären. Auch die strukturelle Unfähigkeit der EU, eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte zustande zu bringen spricht für eine Einschränkung des freien Kapitalverkehrs und eine Schrumpfung der Finanzmärkte auf ein Maß, wo sie wieder kontrollierbar werden. Das wäre nicht rückwärtsgewandte Kirchturmpolitik, sondern die zukunftsfähige Rückgewinnung demokratischer Souveränität über den Finanzkapitalismus. Auch aus ökologischen Gründen kann es sinnvoll sein, dem Binnenmarkt in Teilbereichen wieder Grenzen zu ziehen. In jedem Fall sind weitere Schritte zur Integration an klare Bedingungen zu knüpfen. Die erste und wichtigste ist Demokratie.

10. Ohne Demokratie keine weitere Integration

Dass die EU bereits vor der Krise ein eklatantes Demokratiedefizit hatte, ist beim Bundesverfassungsgericht aktenkundig. Das Krisenmanagement hat das Demokratiedefizit dramatisch erhöht. Deshalb ist jetzt jeder weitere Integrationschritt inakzeptabel und

sollte solange blockiert werden, bis demokratische Abhilfe geschaffen ist. Für das kurzfristige Krisenmanagement – etwa die Abwendung der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands – muss die EZB die Rolle des lender of last resort übernehmen.

Demokratisierung der EU kann jedoch nicht nur darin bestehen, die bestehenden supranationalen Institutionen und Verfahren zu demokratisieren. Zur Grundsubstanz von Demokratie gehören vielfältige Formen konkreter Wahl-, Entscheidungs- und Partizipationsmöglichkeiten und Transparenz und deren materielle Absicherung für die Bürger und Bürgerinnen.

11. Ohne Schritte zur Sicherung des Sozialen kein weitere Integration

Eine zweite *conditio sine qua non* für weitere Integrationsschritte sind reale Schritte zur Sicherung des Sozialen, zur Aufhebung der Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit. Dazu gehört die konkrete Ausgestaltung eines europäischen Sozialstaates (u.a. europäischer Mindestlohn, Europäisierung der sozialen Sicherungssysteme, europäisches „BAföG“ für alle überall, Angleichung der Lebensverhältnisse), der Abbau der neoliberalen Wettbewerbsorientierung und die Etablierung eines europäischen Steuersystems mit entsprechenden Umverteilungsmechanismen von oben nach unten. Ein europäisiertes Steuersystem und entsprechendes Sozialsystem könnten einen Teil des strukturell erzeugten Drucks der Wettbewerbsordnung in Form der Standortkonkurrenz in Richtung Steuer und Sozialdumping zumindest abmildern.

12. Was bedeutet das für die Lösung der Euro-Krise?


Die verschiedenen Lösungsvorschläge für die Krise haben alle eine europapolitische Dimension. Einige führen automatisch zu weiterer Integration, andere beziehen sich auf existierende Mechanismen und wiederum andere führen zu einer Verringerung der Integration.

Aus emanzipatorischer Sicht sollten die entscheidenden Kriterien zur Beurteilung jeder Maßnahme sein:

- Kommt sie unter Beteiligung aller Betroffenen demokratisch zustande?
- Trägt sie zum Abbau der Asymmetrie zwischen Kapital und Arbeit bei?

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, sind sowohl weitere Integrationsschritte, als auch die Beibehaltung des Status quo oder die Verringerung der Integration akzeptabel. Integration ist damit kein Selbstzweck mehr, sondern übergeordneten Zielen (Demokratie, Gerechtigkeit) untergeordnet.

13. Kein solidarisches Europa ohne die Formierung sozialer Bewegung

Letztlich ist ein solidarisches Europa, nur denkbar, wenn sich die sozialen Kräfte organisieren, die ein solches Projekt von unten durchsetzen und sowohl alte als auch neue Errungenschaften absichern können. Ohne eine Neukonstellation sozialer Akteure, bleibt und wird die EU ein autoritäres Projekt. 

Dieser Text erschien zuerst in >Sand im Getriebe<, dem deutschsprachigen Newsletter von attac Deutschland, Österreich und Schweiz (Nr. 97, 9.9.2012). Die vorliegende Fassung wurde für die Veröffentlichung in „realistisch und radikal“ leicht gekürzt.

Kommentar

Goodbye Europe?

Die LINKE muss sich dem Putsch unter europäischer Flagge widersetzen und mit linken Forderungen ein Sprachrohr des Unmuts werden.

Fabio de Masi



Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine Zeitenwende. Der Atompilz der Finanzblase strahlt weiter. Denn die spekulative Kreditvergabe der Banken ist kein Null-Summenspiel: Schulden hier und Vermögen dort. Die Kredite haben zusätzliche Kaufkraft geschaffen, die nun vernichtet wird. Die privaten Haushalte müssen trotz sinkender Einkommen die Schulden bedienen (Schulden-Deflation). Der Ökonom Hyman Minsky

hat darauf hingewiesen, dass derartige Finanzkrisen fast immer nur eine Lösung kennen: Der Staat (big government) springt ein und erhöht damit seine Verschuldung. Eine kontrollierte Schrumpfung und Regulierung des Finanzsektors sowie eine Besteuerung hoher Vermögen stehen nicht auf der Agenda.

Die politischen Architekten des Casino-Kapitalismus sitzen weiterhin im Sattel. Aber der Angriff auf Demokratie und Sozialstaat in Europa ist eine Flucht nach vorn. Die Krise wurde in ein Fiasko der Staatsverschuldung umgedeutet. Europa ist besonders anfällig für die Krise, weil hinter der Euro-Zone kein big government steht, das den Aufprall bremst. Es ist daher ein einmaliges politisches Experiment nun über den Fiskalpakt jedwede Konjunkturpolitik zu verbieten.

Die Bundesregierung treibt die europäische Integration in Rekord-Tempo voran, jedoch unter neoliberalen Vorzeichen und deutscher Führung. Das war mit dem Versprechen der Kanzlerin gemeint, „Deutschland werde stärker aus der Krise kommen, als es hineingegangen sei“. Dabei beeindruckt weniger die Performance der deutschen Volkswirtschaft als die Fähigkeit Merkels, sich als Wahrerin „deutscher Interessen“ zu verkaufen. Merkel ist die unbeliebteste Politikerin Europas, aber genießt in Deutschland hohe Popularität. Deutschland schlägt sich wegen seiner breit aufgestellten Exportindustrie bislang besser als die Krisenstaaten, aber das ist angesichts der wachstumsfeindlichen Kürzungspakete in diesen Ländern auch kein Kunststück.


Die Bundesregierung hat sich dabei nie pragmatischen Maßnahmen verschlossen. Sie hat immer wieder betont ein stärkeres Engagement der Zentralbank oder Euro-Bonds seien denkbar, müssten jedoch am Ende von Strukturreformen stehen. Die Bundesregierung nutzt die Krise, um ihr ökonomisches Gewicht in politische Macht in Europa zu verwandeln, gleichzeitig wird den Finanzhaien Zeit gekauft, um ihre riskanten Papiere und Giftmüll an die Steuerzahler abzutreten.

Ein Beispiel, das auch in der LINKEN Verwirrung stiftet war die Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB), unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenstaaten auf dem Sekundärmarkt zu kaufen (d.h. den Banken abzukaufen). Eine solche Maßnahme kann – wenn sie entschlossen durchgeführt wird – die Kurse der Staatstitel stützen und die Zinsen drücken. Einige meinten dies sei doch nicht so weit von der Forderung der LINKEN entfernt, Staaten direkt mit Notenbankkrediten zu finanzieren.

Jedoch: Die EZB hat diese Maßnahme an die Unterwerfung unter den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und somit an Kürzungspakte geknüpft. Damit werden auch niedrige Zinsen wirkungslos, weil das Wachstum einbricht. Zudem kann die Wirtschaft nicht angekurbelt werden, weil das zusätzliche Geld, das beim Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB entsteht, wegen der schlechten wirtschaftlichen Perspektive von den Banken nicht an Unternehmen für Investitionen verliehen wird.

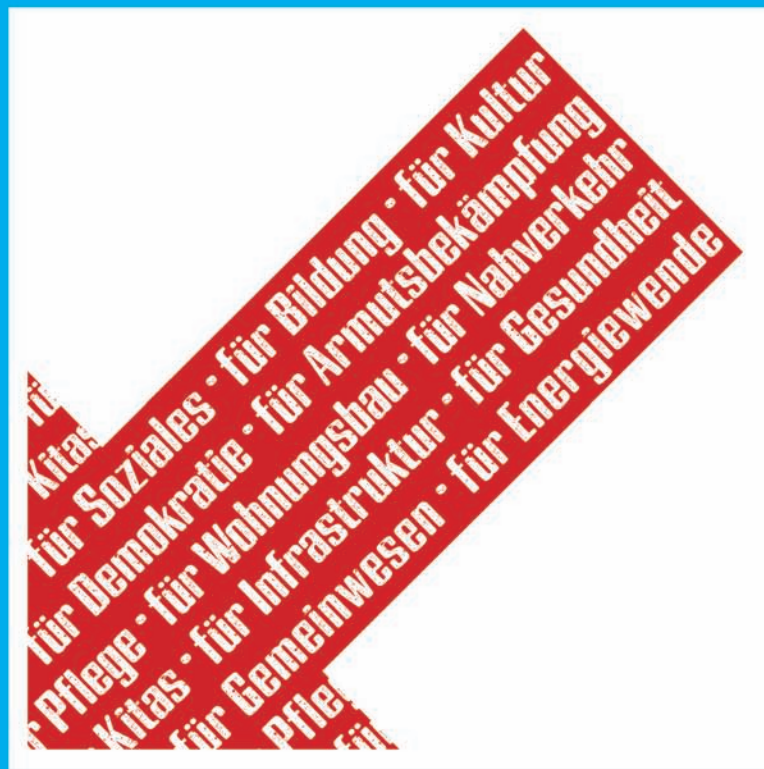
Die Maßnahme der EZB dient somit der Sanierung von Bankbilanzen und der Glaubwürdigkeit der „Strukturreformen“. Deutschland hat zudem sowohl in der EZB als auch beim ESM über seinen Kapitalanteil die Hosen an. Zumal: Die französische Regierung wünscht sich zwar Wachstum, um ihrer Industrie im Wettbewerb mit Deutschland Luft zu verschaffen. Aber auch in Frankreich ist die Agenda 2010 gewollt.

Der Kern der Debatte in der LINKEN ist daher die Einschätzung der europäischen Integration. Es ist unbestritten, dass die Währungsunion nur funktionieren kann, wenn die Wirtschaftspolitik der Euro-Staaten koordiniert wird. Doch auch die Bundesregierung will „mehr Europa“: Sie will dabei Demokratie und Sozialstaat zerstören und die Krisenstaaten zur billigen Werkbank der deutschen Exportindustrie machen. Mehr Europa bedeutet daher gegenwärtig mehr Deutschland.

DIE LINKE hat keinen Einfluss auf die politischen Deals in Europas Hauptstädten. Sie kann sich jedoch dem Putsch unter europäischer Flagge widersetzen und mit linken Forderungen ein Sprachrohr für diesen Unmut werden, um die politische Achse in Deutschland nach links zu verschieben. Dies ist der einzige Weg, um Europa vor seinen „Rettern“ zu retten. 

Mehr Infos gibt es in der Broschüre von Fabio De Masi & Sabine Wils (MdEP DIE LINKE) im Internet unter: http://www.sabine-wils.eu/download/euro_background2_sw.pdf

UM *fair* TEILEN



Reichtum **besteuern**

www.umfairteilen.de

UM *fair* TEILEN

Reichtum besteuern



Stadt-Schwimmbad
geschlossen!

**Bundesweiter
Aktionstag: 13. April**

www.umfairteilen.de

Kommentar

Lackmustest Umverteilung

Bernd Riexinger



Exbundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) ist heute noch stolz darauf, daß Deutschland den »besten« (er meint den größten) Niedriglohnsektor in Europa hat. Zwischenzeitlich haben andere Länder leider »aufgeholt«. Seine Aussage macht jedoch noch einmal deutlich, daß mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes (Agenda 2010) der zentrale Angriff auf die Löhne stattgefunden hat und dieser Angriff erfolgreich war. Nahezu ein Viertel der Beschäftigten arbeitet im Niedriglohnbereich. Die prekären Arbeitsverhältnisse sind längst für Millionen Menschen bittere Realität. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Werkverträge, Minijobs sind in der Regel nicht nur schlecht bezahlte und ungeschützte

Arbeitsverhältnisse, sie tragen auch erheblich zur Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit bei.

Die Gewerkschaften wurden und werden erheblich geschwächt. Es ist fast nicht möglich und aus gewerkschaftlicher Sicht auch riskant, z.B. befristete Beschäftigte zum Streik aufzurufen. Im Einzelhandel, aber auch durchaus in anderen Branchen sind längst 20 bis 30 Prozent der Beschäftigten in befristeten Arbeitsverhältnissen. Unter diesen Bedingungen ein Kaufhaus oder eine größere Lebensmittelfiliale lahmzulegen, ist mehr als schwer. Ähnlich verhält es sich mit Beschäftigten im Rahmen von Werkverträgen. Auch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sind schwer zu organisieren und zu mobilisieren. Bei der Modekette H&M etwa wurden diese in der letzten Tarifaueinandersetzung systematisch als Streikbrecher eingesetzt. Als Lohnbremse funktioniert weiterhin Hartz IV. Die Hartz-Gesetze bedeuten nicht nur Armut per Gesetz, sie richteten sich nie ausschließlich gegen Erwerbslose, sondern wurden immer als Disziplinierungspeitsche gegenüber den Beschäftigten eingesetzt.

Doppelte Aufgabe

Die Gewerkschaften haben hier eine doppelte Aufgabe. Sie müssen einerseits die Beschäftigten im Niedriglohnbereich und in prekären Beschäftigungsverhältnissen (viele sind auch an der Nahtstelle zur prekären Beschäftigung) besser gewerkschaftlich organisieren. Gleichzeitig müssen sie mit ihnen betriebliche und tarifliche Kämpfe um die Regulierung ihrer Arbeitsverhältnisse und höhere Löhne führen. Das ist nicht einfach, aber möglich, wie viele Kämpfe in den letzten Jahren bewiesen haben, so im Reinigungsgewerbe, im Einzelhandel, im öffentlichen Dienst, bei Servicediensten in Flughäfen oder

auch im Bewachungsgewerbe. Die Gewerkschaften müssen sich von ihrer immer noch viel zu stark ausgeprägten Orientierung auf die Kernbelegschaften lösen und deutlich mehr Ressourcen zur Organisation der anderen Bereiche, die längst keine Randgruppen mehr sind, einsetzen. Gleichzeitig müssen die Kernbelegschaften im eigenen Interesse für die Kämpfe um die Regulierung der Arbeitsbeziehungen gewonnen werden. Andererseits müssen die Gewerkschaften auf dem politischen Feld für die Reregulierung auf dem Arbeitsmarkt kämpfen. Gerade im Bundestagswahljahr heißt das für die Gewerkschaften, in den Betrieben und auf der Straße Flagge zu zeigen und für den gesetzlichen Mindestlohn, für ein Zurückdrängen der Leiharbeit und übergangsweise Equal Pay, erweiterte Mitbestimmungsrechte bei Werkverträgen, Verbot von Minijobs wie für eine sanktionsfreie Mindestsicherung usw. machtvoll zu mobilisieren. Es gleicht dem Hase- und-Igel-Spiel, wenn sich die Gewerkschaften auf Betriebs- und Tarifpolitik beschränken. Verbunden mit außerparlamentarischer Mobilisierung könnten die Gewerkschaften klare Anforderungen an alle Parteien stellen und so starken Druck aufbauen. Das würde mehr bewirken, als im Kanzleramt ein- und auszugehen.

»Umfairteilen« fortsetzen

Die 2012 von einigen Gewerkschaften (ver.di, GEW, NCG) im Bündnis mit Wohlfahrtsverbänden, ATTAC und anderen mit der Unterstützung z.B. der Partei Die Linke begonnene Kampagne »Umfairteilen« muß unbedingt fortgesetzt werden. Wenn jedoch tatsächlich zu Lasten der Reichen durch Vermögenssteuer, Vermögensabgabe und durch die stärkere Besteuerung von hohen Erbschaften umverteilt werden soll, muß der Druck gewaltig steigen. Insbesondere ver.di läuft sonst Gefahr, daß die tarifpolitischen Spielräume im öffentlichen Dienst durch die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte und das Wirken der Schuldenbremse enger werden.

Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus setzt nach wie vor auf den Grundsatz: Anhäufung von gewaltigem privaten Reichtum in wenigen Händen bei gleichzeitiger Zunahme der öffentlichen Armut. Die andere Seite dieser Politik sind fehlende Mittel für wichtige öffentliche Infrastrukturleistungen, fehlende Kitaplätze, mangelhafter öffentlicher Personennahverkehr, Investitionsstau bei den Krankenhäusern, mangelnde Personalausstattung in der Bildung, Erziehung und Pflege. Auch die Wohlfahrtsverbände haben begriffen, daß sie in große Schwierigkeiten kommen, wenn die Einnahmeseite nicht erheblich verbessert wird. Hier können breite Bündnisse mit Eltern, Patienten, Einwohnern vor Ort geschlossen werden. Viele auch erfolgreiche Kämpfe gegen die Privatisierung von Krankenhäusern oder anderen öffentlichen Einrichtungen deuten an, was möglich wäre.

Der Kampf um die Umverteilung kann die Gewerkschaften wieder stärker in die Offensive bringen. Ohne Politisierung der Mitglieder und ohne ernsthafte Mobilisierung ist das jedoch nicht zu haben. Gerade hier könnten auch die SPD und die Grünen unter Druck gesetzt werden. Auf dem Feld der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums findet der Lackmустest statt, ob die ganze Hinwendung zu einer sozial gerechteren Politik, für Mindestlohn usw. wirklich ernstgemeint ist oder wie so oft lediglich wahlstrategischen Charakter hat. ▲

Der Text ist ein Auszug aus einem Beitrag in der Tageszeitung Junge Welt vom 08.01.2013.

Systemerfahrung und Politik

Anmerkungen zu Krisenverarbeitung und politischen Orientierungen

Richard Detje



Verlässliche Zeitdiagnosen fallen gegenwärtig nicht leicht. Nachdem der schwerste ökonomische Einbruch seit der Großen Depression der 1930er Jahre noch vor wenigen Monaten in Deutschland überwunden zu sein schien, ziehen sich neue Krisenwolken zusammen, die den ExportvizeWeltmeister erneut aus dem Tritt bringen können: in Europa in Folge eines durch Austeritätspolitik erzwungenen Nachfragerückgangs, in den USA am Rande der fiskalischen Klippe, in Japan, das in einem seit zwei Jahrzehnten nicht endenden Krisenmodus feststeckt.

Dass soziale Unsicherheiten und Ängste erneut zunehmen, überrascht nicht – und lässt die politische Lage und Stimmungen im Bundestagswahljahr höchst schwankend erscheinen. Doch dahinter steckt mehr. Selbst in der kurzen Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs wollte sich Systemzuversicht nicht so recht einstellen. Dem Statement „In seiner jetzigen Form passt der Kapitalismus nicht mehr in die Welt, die uns umgibt“, stimmten im Februar 2012 knapp die Hälfte (48%) der Bundesbürger zu; nur 18% werteten dies als völlig irreführende Zeitdiagnose. Und auf die Korrekturfrage „Würden Sie sagen, Deutschland hat ein kapitalistisches Wirtschaftssystem?“, antworteten zwei Drittel der repräsentativ Befragten mit „Ja“.¹

Ein derartiger Befund mag politische Hoffnungen wecken – doch statt richtungweisender Antworten wirft er mehr Fragen auf. Weder das soziale Protestverhalten noch die parteipolitischen Kräfteverhältnisse scheinen von Systemkrise und Systemkritik sonderlich beeindruckt zu sein. Wichtige Vermittlungsglieder zwischen sozio-ökonomischen Krisenerfahrungen und politischen Orientierungen fehlen. In zwei kleinen Befragungsstudien² mit Vertrauensleuten und Betriebsräten aus der IG Metall sowie in ver.di organisierten Pflegekräften und ErzieherInnen haben wir versucht, das heutige „Krisenbewusstsein“ etwas auszuleuchten. Nachfolgend sind einige Befunde kurz zusammengefasst.

1. „Krise“ ist nicht selbst-verständlich, sondern muss gedeutet werden

Auch in einer „Großen Krise“ stellt sich kein generalisiertes Krisenbewusstsein ein. Selbst in ihrem industriellen Zentrum wirkt die Krise nicht als großer sozialer Gleichmacher. Vielmehr sind wir auf eine Palette abgestufter Krisenwahrnehmungen gestoßen. Welche betrieblich-ökonomische Situation tatsächlich als „Krise“ bezeichnet wird, ist nicht selbst-verständlich, sondern muss gedeutet und geklärt werden.

Hinzu kommt eine weitere Strukturkomponente. Kennzeichnend für das Alltagsbewusstsein ist eine doppelte Wahrnehmungsperspektive: als Klassenindividuum und als persönliches Individuum. Heitmeyer u.a.³ (S. 28) fassen dies als ‚eine ‚Aufspaltung‘ zwischen der Wahrnehmung der eigenen Betroffenheit und der Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Lage. Die gesellschaftliche Lage wird als Belastung wahrgenommen, die eigene Situation aber gleichwohl oft als relativ stabil interpretiert. Zwei Mechanismen können dazu beitragen. Beim ersten tritt die Entlastung ein, weil man annimmt, dass es

¹ Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach : Das Unbehagen am Kapitalismus, Allensbach 22.2.2012.

² Die erste vom ISF München und WISSENTransfer durchgeführte Studie entstand 2010, die Nachfolgestudie 2012. Beide wurden dankenswerterweise von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert, vgl. Detje, Richard.; Menz, Wolfgang., Nies, Sarah., Sauer, Dieter (2011) Krise ohne Konflikt? Interessen und Handlungsorientierungen in der Krise – die Sicht der Betroffenen. Hamburg.

³ Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010a): Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin.

anderen noch schlechter geht. Ein zweiter Mechanismus hat mit Kontrollüberzeugungen zu tun, also zum Beispiel der Meinung, das eigene Leben noch ›unter Kontrolle‹ zu haben“. Auch daraus ziehen wir die Schlussfolgerung: Was und wann Krise ist, ist erklärungs- und begründungspflichtig.

2. „Verrätselter“ Charakter der Finanzmarktkrise

Wichtig ist der spezifische Charakter eines von den Finanzmärkten geprägten Krisenprozesses. Die Welt der Finanzmärkte erscheint in unseren Interviews und Gruppendiskussionen als eine virtuelle Welt, in der „fiktives Geld ... hin und her geschossen“ wird, die weit von jener Welt betrieblicher Produktion entfernt ist, in der „reale Werte“ geschaffen werden. Damit sind wir an einem entscheidenden Punkt: Die Mystifikation der kapitalistischen Produktionsweise wird in der Welt der Geldkapitalakkumulation noch gesteigert.⁴ Die Frage, was und wann Krise ist und wo die Ursachen liegen, ist in einer Zeit, in der das wirtschaftliche Leben von den Finanzmärkten geprägt ist, noch mysteriöser als im Falle von Konjunkturkrisen.

Dem heutigen Krisenbewusstsein liegen damit andere – verschlüsseltere – Strukturen zugrunde als den großen Überakkumulationskrisen der 1970er/80er Jahre. Die Krise entschwindet dem augenscheinlichen Nahbereich, stellt sich nicht mehr in überquellenden Lagern dar, sondern in der Folge falsch gelaufener Finanzmarktgeschäfte und den daraus resultierenden Restriktionen für die Unternehmen. Finanzmärkte liegen außerhalb der Erfahrungswelt unserer Interviewpartner, sind keine Orte, an denen man mit klassischen Widerstandsformen intervenieren könnte. Im Unternehmen haben Belegschaften bei entsprechendem Organisationsgrad Sanktionsmöglichkeiten bis hin zu Vetopositionen – nicht aber auf Finanzmärkten. Zur Frage nach dem „was“ und „wann“ der Krise kommt noch die Frage nach dem „wo“ und dem „wogegen“ hinzu.

3. Krise als „permanenten Prozess“

Für relevante Teile der Beschäftigten ist Krise kein singuläres Ereignis, sondern im Gegenteil: Krise ist „immer“, gleichsam „permanenten Prozess“. Das hört sich paradox und im ökonomischen Verständnis geradezu widersinnig an, denn Krise ist nur eine vorübergehende Phase im industriellen Zyklus, in der die Entwertung von überschüssigem Kapital die Grundlage für neue Kapitalanlagen und damit für einen neuen Aufschwung schafft. In den Berichten der Kolleginnen und Kollegen ist etwas anderes als Krise im strikt ökonomischen Sinn gemeint. Als „krisenhaft“ werden der fortwährende Druck und die permanente Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen verstanden. Als „Krise“ wird die beständige Restrukturierung der Abläufe im Betrieb bezeichnet: Verlagerungen, Outsourcing, Kostensenkungsprogramme, zunehmende Intensität der Arbeit usw. In der Auseinandersetzung mit Restrukturierung in Permanenz werden „Krisenreaktionen“ dann selbst zu einer gewissen Routine.

⁴ „Im zintragenden Kapital ist daher dieser automatische Fetisch rein herausgearbeitet, der sich selbst verwertende Wert, Geld heckendes Geld, und trägt es in dieser Form keine Narben seiner Entstehung mehr. Das gesellschaftliche Verhältnis ist vollendet als Verhältnis eines Dings, des Geldes, zu sich selbst.“ (Marx, Karl, Das Kapital Bd. III, Marx-Engels-Werke Bd. 24, S. 405).

Hinzu kommt eine auf den ersten Blick eigentümliche Entwicklung im Krisenverlauf: Im wirtschaftlichen Aufschwung kommt es nicht zu einer Situation der Entspannung, sondern umgekehrt nimmt der Druck auf die Beschäftigten noch zu – nunmehr durch wachsenden Leistungsdruck, erneut verlängerten und flexibilisierten Arbeitszeiten, die weitere Deregulierung der Belegschaftsstrukturen durch Leiharbeit, Werkverträge usw. Damit findet im Aufschwung eine Verlagerung der Krisenerfahrung von der Ebene der Arbeitsplatzgefährdung auf die der Arbeitskraftgefährdung statt. Die Erfahrung einer „permanenten Krise“ wird neu akzentuiert. Das „flexible Unternehmen“ ist einen Schritt weiter voran gekommen, die „atmende Fabrik“ mit kapazitätsorientierten Arbeitszeiten ist nach krisenbedingter Ultra-Flexibilisierung in ihren Umrissen noch deutlicher geworden. Ob der „flexible Mensch“ dem folgen kann, erscheint fraglich.

Darin stecken Defensiverfahrenen bis hin zu sozialen und politischen Niederlagen. Weder hat man wachsenden Leistungsdruck und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Kontext einer fortschreitenden Vermarktlichung der Verhältnisse im Unternehmen verhindern können, noch die höchst einseitige Verteilung des neu produzierten Reichtums zu Gunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen.

4. Adressatenlose Wut

Hinter einer friedvoll-ruhigen Fassade („Krise ohne Konflikt“) scheinen tiefgehende Ohnmachtserfahrungen gegenüber einer entfernten, unbeherrschten Dynamik ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens auf. Das lässt nicht auf Apathie oder Fatalismus schließen. Es handelt sich um manifeste Unzufriedenheit mit den betrieblichen und sozialen Verhältnissen und den Wunsch, diese zu verändern, zugleich aber um tiefe Ratlosigkeit darüber, wie das gehen könnte.

Mehr noch als Unzufriedenheit: Wut hat sich aufgestaut – ihr fehlt aber der konkrete Adressat, wir sprechen von „adressatenloser Wut“. Für die meisten Befragten finden sich die „Schuldigen“ – die Verursacher der Krise – nicht im Betrieb. Vor allem in abhängigen Zulieferbetrieben wird das lokale Management als machtlos erlebt, aber auch die „ökonomisch Mächtigen“ gelten weniger als eigenständigen Akteure, sondern eher als Räder im System.

Daraus folgt keine Ideologie des „Alle sitzen in einem Boot“. Der Blick auf Interessengegensätze bleibt. Die Rollen der Krisenopfer und die Verteilung der Krisenlasten sind höchst einseitig verteilt. Trotz „systemischem“ Eingebundensein können sich „die da Oben“ schadlos halten, während das gesellschaftliche „Unten“ zum wiederholten Mal die Suppe auslöffeln soll. Konzessionen an das Unternehmen erfolgen eher „zähneknirschend“, sodass ein betrieblicher „Krisenkorporatismus“ allenfalls ein temporärer Deal ist – nicht dauerhafte Rücknahme an Ansprüchen und Fehlen von Kritik.

5. Politisches Mandat der Gewerkschaften

Der Gewerkschaft wird zwar ein weitgehend erfolgreiches Krisenmanagement attestiert, aber ihre Aufgabe als die Verhältnisse deutende Institution hat sie in der Krisensituation nicht erfüllt. Sie hat zu wenig über die Krise aufgeklärt – zu wenig mit den Vertrauensleuten und Betriebsräten über die plötzlich veränderte Situation diskutiert, war in dieser

Aufgabe zu wenig in den Betrieben präsent. Angesichts des Gewichts der medial vermittelten Öffentlichkeit im Alltagsbewusstsein fehlt es an einer wahrnehmbaren eigenständigen Krisendeutung.

Dass Gewerkschaften ein politisches Mandat haben und aktiv wahrnehmen sollen, ist unter den befragten Interessenvertretern unstrittig. Voraussetzung dafür ist die Wiedererlangung autonomer gewerkschaftlicher Stärke. Allerdings deutet sich eine Engführung des politischen Mandats an, konzentriert auf die Sicherung und Verteidigung verteilungs-, beschäftigungs- und arbeitspolitischer Mindestbedingungen (Mindestlohn, Entprekariisierung und Re-Regulierung des Arbeitsverhältnisses, soziale Existenzsicherung, Bildung usw.). Eindeutig ist zudem die Mahnung, dass sich Gewerkschaften und ihre führenden Repräsentanten selbst nicht auf das Feld der professionellen Politik begeben sollen. Denn darin wird die Gefahr gesehen, dass autonome Interessenvertretung kontaminiert und instrumentalisiert – und damit entfremdet – werden kann.

6. Der Staat der Anderen

Während Gewerkschaften als überbetriebliche Interessenvertretung eine Aufwertung erfahren, kommen Staat und Politik durchgängig sehr schlecht weg. Politiker werden als korrupt wahrgenommen, ihre Profession habe sich von der Erfahrungswelt „des kleinen Mannes“ weitgehend abgekoppelt, sei Teil des „herrschenden Blocks“ geworden. Das politische System und staatliche Apparate scheinen von mächtigen Lobbyinteressen gekapert, die das Primat der Ökonomie über als machtlos angesehene politische Steuerung verkörpern.

Zwar sind staatliche Eingriffe unverzichtbar, aber die Haltung gegenüber Staatsinterventionismus ist ausgesprochen skeptisch. Zwar wäre demokratische Einflussnahme prinzipiell möglich, sie erscheint aber als wenig realistisch. Gut drei Jahrzehnte währende Erfahrungen mit einem neokonservativ/neoliberalen Staat haben wohlfahrtsstaatliche Interventionsmöglichkeiten verblassen, oder um mit Pierre Bourdieu zu sprechen, die „linke Hand“ des Staates absterben lassen. Staatliche Politik erscheint nicht als möglicher Problemlöser, sondern vielmehr selbst als Teil des Problems. Das verstärkt beides: Wut und Ohnmacht. Auch für die Zukunft erwartet man in dieser Hinsicht vor allem negative Entwicklungen.

Ansatzpunkte für Alternativen

Wenn die Arbeitsgesellschaft der zentrale Ort der Krisenerfahrung ist, dann ist es folgerichtig, inhaltliche und interessenpolitische Auseinandersetzungen, Widerstand und Protest wieder stärker auf diesen Ort zu beziehen. Zugespitzt noch: Die „Leerstelle Betrieb“ sowohl in der sozialwissenschaftlichen als auch in der politischen Diskussion sollte geschlossen werden. Dies umfasst die Auseinandersetzung mit den Folgen der Großen Krise ebenso wie mit den Prozessen der „permanenten Krise“ im Sinne beständiger Restrukturierung.

Dabei geht es selbstverständlich um Prekarisierung, die gleichermaßen Zersetzung von sozialen Lebensperspektiven wie repressive Herrschaftsform ist, aber eben nicht nur. Es geht maßgeblich auch um die Zumutungen und Nöte des Gros jener Arbeitsverhält-

nisse, für die die Vorsilbe „normal“ in einem Prozess fortschreitender Restrukturierung, Flexibilisierung und Leistungsverdichtung immer weniger zutrifft. Die Krisen- und Nach-Krisenerfahrungen haben gezeigt, dass Grenzen der Belastungsfähigkeit mittlerweile überschritten sind. Für eine sozialistische Linke sollte der Bezug auf die „Welten der Arbeit“ – im Gegensatz zu deren Ausblendung in der herrschenden Politik bzw. ihrer Instrumentalisierung für kapitalistische „Wettbewerbsfähigkeit“ – ein zentraler Fokus sein. Unbestritten: Die radikale Zurückschneidung und Regulierung der Finanzmärkte ist eine unhintergehbare Botschaft der Großen Krise – aber dahinter sollte das weite Feld der so genannten Realwirtschaft nicht brach liegen, sondern bearbeitet werden. Es ist hohe Zeit, ein neues Programm der „Humanisierung der Arbeit“ als ein großes gesellschaftliches Reformprogramm mehrheitsfähig zu machen. In der Perspektive liefe das auf ein wirtschaftsdemokratisches Transformationsprojekt hinaus.

Was „Krise“ ist – das meinen wir mit unseren Befragungen gezeigt zu haben –, ist erklärungs- und deutungspflichtig. Hierin liegt eine gewaltige Herausforderung für gewerkschaftliche und politische Bildungsarbeit. Dabei kann das Aufklärungsinteresse nicht über Experten-Debatten befriedigt werden, sondern muss die Wahrnehmungen und Deutungen der Beschäftigten zentral einbeziehen, um zu klären, wie eigensinniges Handeln gegenüber verstärkten Systemzwängen gestärkt werden kann. Politische Bildungsarbeit sollte dabei ihre bestehenden zerklüfteten Strukturen und Organisationsformen überwinden: Was spricht dagegen, wenn politische und zivilgesellschaftliche Bildungsträger sich zu gemeinsamen Bildungsveranstaltungen zusammentun, um gleichsam „cross over“ ihre Zeitdiagnosen zur Diskussion zu stellen. Kooperation wäre eine der möglichen Antworten auf die mediale Deutungshoheit des herrschenden Blocks.

Die Diskreditierung politischer Akteure und staatsinterventionistischer Politik ist insbesondere für die gesellschaftliche und politische Linke – und selbstredend für DIE LINKE – eine gewaltige Herausforderung. Die Herausbildung neoliberaler, autoritärer Postdemokratie mag als Bekräftigung ihrer Kritik und Programmatik verstanden werden – aber wohl zunächst in der eigenen Wählerschaft. Darüber hinaus wächst die Gefahr der Entfremdung, des Rückzugs.

Nach wie vor bietet die politische Bearbeitung gesellschaftlich-zivilisatorischer Mindestniveaus sozialer Existenz einen entscheidenden Ansatzpunkt für Politikwechsel. Und vielleicht könnte Bourdieus Hinweis⁵ hilfreich sein, dass die Präsenz oder Existenz eines Akteurs in einem politischen Feld“ sich daran erweist, „dass dieser den Zustand des Felds verändert“. Die Durchbrechung postdemokratischer Herrschaft erfordert eine Politik, die nicht zuletzt eine beständige „Feldveränderung“ erzwingt, statt sich dem herrschenden Betrieb der Politikinszenierung auch in ihren symbolischen Formen anzupassen. ▽

⁵ Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz, S. 50.

Politik für die Mehrheit: Eine starke LINKE 2013

Es geht nicht um für oder gegen Europa, sondern um Widerstand gegen einen Generalangriff auf die sozialen und demokratischen Rechte.

Beschluss der Mitgliederversammlung der
Sozialistischen Linken am 9. Dezember 2012 in Hannover



1. Die Bundestagswahl 2013 ist wichtig für die Zukunft von Demokratie und Sozialstaat in Europa

Wir haben Hoffnungen in die wahlpolitischen Auseinandersetzungen in Europa 2012 gesetzt. Der französischen Linksfrent, der Sozialistischen Partei der Niederlande und dem griechischen Linksbündnis (SYRIZA) sind beachtenswerte Erfolge gelungen. Leider konnten ihre Kampagnen nicht in einen politischen Richtungswechsel umgesetzt werden. Dennoch gibt es einiges, was wir von unseren europäischen GenossInnen lernen können. Eine populäre Politik von links, die sich auf die Themen und Interessen der Lohnabhängigen bzw. der Bevölkerungsmehrheit konzentriert, wird belohnt.

DIE LINKE in Deutschland hat eine besondere Verantwortung in der weiteren Entwicklung der Krise in Europa: Es ist die deutsche Bundesregierung, die unter europäischer Flagge Demokratie und Sozialstaat in den EU-Mitgliedsstaaten beerdigt. Die Kanzlerin verkleidet sich dabei als Anwältin der SteuerzahlerInnen, um im Windschatten der Krise und des Drucks der Finanzmärkte Europa politisch und ökonomisch verstärkt neoliberal auszurichten bzw. das Machtgefüge in den europäischen Institutionen zu Gunsten Deutschlands zu verschieben. Dies war mit dem Leitsatz der Kanzlerin gemeint, Deutschland würde stärker aus der Krise kommen, als es hineingegangen sei.

Die geringe Krisenbetroffenheit und die Spaltungen des Arbeitsmarktes verhindern bisher eine Mobilisierung der Beschäftigten für eine andere Politik. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Nachfrage, insbesondere der asiatischen Schwellenländer, haben einer Rezession in Deutschland zunächst entgegengewirkt. Doch die deutschen Exporte konzentrieren sich nach wie vor auf den europäischen Binnenmarkt bzw. die Euro-Zone und die Nachfrage der Schwellenländer kühlt sich ab. Die Automobilindustrie führt zunehmend Kurzarbeit ein. Die Kürzungspakete in den europäischen Krisenstaaten machen eine Rezession auch in Deutschland wahrscheinlich.

Krisen sind nicht zwingend die Zeiten der LINKEN. Die Kandidatur des Finanzlobbyisten und Agenda-Architekten Peer Steinbrück eröffnet aber Chancen, mit einem eigenständigen Profil verspieltes Vertrauen bei den Lohnabhängigen und den Gewerkschaften wieder zu gewinnen. DIE LINKE muss diese Chancen nutzen!

2. Ein Richtungswechsel zur Überwindung der Krise ist nötig

Nur eine starke LINKE im Zusammenwirken mit einer gestärkten gesellschaftlichen Linken und außerparlamentarischen Bewegungen können einen Bruch mit Merkels Krisenpolitik erzwingen. Ein deutlicher Kurswechsel in Deutschland ist bitter nötig: Das exportgestützte und mit Lohndrückerei verbundene Wachstumsmodell Deutschlands ist eine zentrale Ursache für die Krisen hervorbringenden internationalen wirtschaftlichen Ungleichgewichte und die fortschreitenden sozialen Spaltungen und Schuldenkrisen.

3. Die zentralen Themen des Wahljahres

Die Kernthemen der LINKEN haben wieder Konjunktur: Altersarmut durch die Zerstörung der Rentenformel, Arbeitslosigkeit und Ausbreitung des Niedriglohnsektors ist ein Megathema. Burn-Out ist die neue Volkskrankheit. Der Reichtums- und Armutsbericht hat gezeigt, dass die Vermögenden trotz Krise noch reicher wurden. Die Staatsverschuldung

ist gleichzeitig gestiegen und die öffentliche Armut zeigt sich immer deutlicher. Diese Entwicklungen führen zu dauerhaften Verwerfungen, einer zunehmenden sozialen Spaltung. DIE LINKE muss die Meinungsführerschaft bei diesen Themen zurück gewinnen. Das Bündnis „Umfairteilen - Reichtum besteuern“ zeigt, dass diese Themen und entsprechende linke Forderungen nach Steuergerechtigkeit auf große Zustimmung in breiten Kreisen der Gesellschaft treffen.

4. Das Problem der deutschen Politik: Kanzlerin ohne Opposition

Kanzlerin Merkel, die unbeliebteste Politikerin Europas, hat sich in der deutschen Öffentlichkeit geschickt als die Wahrerin vermeintlich „deutscher Interessen“ inszeniert. Peer Steinbrück gilt nach wie vor vielen als kompetenter Finanzminister – obwohl er die Krise als rein US-amerikanisches Phänomen bezeichnete, für Bankenrettung ohne politische Kontrolle und eine Steueramnestie für kriminelle Steuerhinterzieher und die Bevorzugung von leistungslosen Vermögenseinkommen gegenüber Arbeitseinkommen verantwortlich ist.

Ein Kernproblem der deutschen Politik lautet: SPD und Grüne wollen und/oder trauen sich nicht, Angela Merkel ernsthaft anzugreifen. Das Abstimmungsverhalten von Rot-Grün in der Eurokrise zeigt: Im Zweifel entscheiden sich SPD und Grüne für die Finanzmärkte und die Interessen der Exportindustrie und gegen Demokratie und Sozialstaat.

5. Die Chancen der LINKEN liegen darin, ihre Kernthemen zurückzuerobern

Die LINKE muss den gelungenen Neustart seit dem Göttinger Parteitag nutzen. Wir begrüßen, dass die Arbeit der Parteispitze von einer neuen Offenheit geprägt ist und auf große Zustimmung in allen Landesverbänden der Partei stößt. Wir punkten in der Öffentlichkeit wieder mit politischen Forderungen statt innerparteilichen Seifenoperen. Nun gilt es, diese positive Entwicklung zu verstetigen. Lasst uns gemeinsam, im Osten wie im

Sozialistische
Linke
Die gewerkschaftlich orientierte Strömung

Westen, für ein gutes Wahlergebnis bei den Bundestagswahlen 2013 kämpfen. Gegen die Rente erst ab 67 und für die Anhebung der Renten im Osten auf das Westniveau. Für gute Löhne im ganzen Land.

Der Vertrauensverlust seit dem Rückzug Oskar Lafontaines von der Parteispitze, die Auszehrung der Mitgliedschaft und ein drohender Lagerwahlkampf verlangen innerparteiliche Solidarität und Geschlossenheit. Die Entscheidung über die Spitzenkandidatur bei den Bundestagswahlen obliegt – im Unterschied zur SPD – nicht den Medien sondern der Partei. Die SpitzenkandidatInnen müssen die gesamte Breite der Partei in Ost und West repräsentieren.

6. Strategie und Stil der LINKEN müssen der Lebensrealität der Bevölkerungsmehrheit entsprechen

Ein erfolgreicher Wahlkampf erfordert Kampagnenfähigkeit: Auf Bundesebene brauchen wir ein konzentriertes, radikales aber realistisches Programm, hinter dem sich die Partei für den Bundestagswahlkampf versammelt. Auf lokaler Ebene muss die Verteidigung des öffentlichen Eigentums bzw. der Daseinsvorsorge illustriert werden: Welche Schwimmbad- und Theaterschließung könnte verhindert, welche Schule oder Universität modernisiert, welche KiTa gebaut und wie der Mietwucher gestoppt werden, wenn es eine Vermögenssteuer oder öffentlichen Wohnungsbau gäbe?

Unsere übergreifende Strategie ist die Bildung einer breiten, antineoliberalen politischen Allianz. Sie reicht von Gewerkschaften, kirchlichen Kräften, sozialen Bewegungen, Wohlfahrtsverbänden und linken SozialdemokratInnen und Grünen bis zu linken antikapitalistischen Initiativen. DIE LINKE muss aber auch einen eigenständigen Wahlkampf führen, der Protest gegen die herrschenden Verhältnisse und Politik ausdrückt und mit linken Forderungen verbindet. Dazu bedarf es einer Abgrenzung vom politischen Establishment. Warum nicht etwa, statt nur auf traditionelle Plakate der KandidatInnen, mit Leiharbeitern oder alleinerziehender Mutter aus der Mitte der Gesellschaft und einem Statement für DIE LINKE werben? Nach den Bundestagswahlen will sich die SL in der Partei dafür einsetzen die überfällige Strategiedebatte zu führen.

7. Linke Politik für die Mehrheit: Vorschläge zum Wahlprogramm 2013

Der Beschluss des Parteivorstandes zur Wahlstrategie stellt zurecht folgende Punkte in den Mittelpunkt des Profils, mit dem wir in den Wahlkampf gehen:

- DIE LINKE steht für die Umverteilung von oben nach unten und eine Begrenzung und Besteuerung des Reichtums.
- DIE LINKE ist die Partei des Öffentlichen und der Stärkung des Sozialstaates.
- DIE LINKE kämpft gegen den Abbau sozialer Rechte.
- DIE LINKE steht für den konsequenten sozial-ökologischen Umbau.
- DIE LINKE sagt als einzige Partei immer konsequent NEIN zu Krieg.

Nur eine möglichst starke LINKE kann Druck machen und erreichen, dass nicht nur ein Regierungswechsel möglich ist, sondern ein Politik- und Richtungswechsel eingeleitet wird. Die vom Parteivorstand formulierten Mindestbedingungen für eine Regierungsbe-

teilung der LINKEN - Stopp von Rüstungsexporten sowie die Ablehnung von Kampfeinsätzen im Ausland, armutsfeste solidarische Mindestrente und eine sanktionsfreie Mindestsicherung, gesetzlicher Mindestlohn und couragierte Besteuerung von Reichtum - sind jedoch zu unkonkret und verengen die Anforderungen zu sehr auf soziale Mindestabsicherungen. Dies reicht für den notwendigen Richtungswechsel und für die Ansprache der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung in Konkurrenz zur SPD nicht aus. Wir brauchen daher eine Konkretisierung bzw. Zuspitzung auf populäre Themen: Lohndrückerei durch Leiharbeit, Werkverträge und Hartz IV stoppen, Verbesserung statt Kürzung öffentlicher Leistungen, Wiederherstellung der Rentenformel einschließlich Stopp der Rente erst ab 67 sowie Millionärssteuer und Vermögensabgabe.

Gute Arbeit, gute Löhne: Ein gesellschaftlicher und politischer Richtungswechsel erfordert erstens, insgesamt für eine endlich wieder stärkere Steigerung der Löhne zu sorgen. Das erfordert neben einem gesetzlichen Mindestlohn von über 10 Euro je Stunde die Stärkung der Tarifverträge und der Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften, den Kampf gegen alle Formen der Lohndrückerei, insbesondere die Abwicklung der Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010, sowie den Kampf für die Humanisierung der Arbeitswelt. Vor allem geht es um die Eindämmung von Leiharbeit, Befristungen, Scheinselbstständigkeit und Missbrauch von Werkverträgen sowie die Überwindung von Hartz IV. Darüber hinaus benötigen wir eine neue Arbeitszeitpolitik sowie eine Anti-Stress-Gesetzgebung. Insbesondere für die junge Generation müssen Perspektiven qualifizierter Ausbildung und guter Arbeit geschaffen werden.

Öffentliche Investitionen, Sozialstaat und Rente: Ein Richtungswechsel erfordert zweitens eine Stärkung der öffentlichen Finanzen und Leistungen sowie des Sozialstaats. Wir fordern ein Zukunftsprogramm für öffentliche Investitionen und mehr Personal: für Bildung, Gesundheit, Pflege und andere gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen, für den ökologischen Umbau und öffentlichen Wohnungsbau. Das bringt zugleich hunderttausende sinnvolle und tariflich bezahlte Arbeitsplätze. Statt kapitalgedeckte private Versicherungen zu fördern muss die Absicherung der Menschen durch die Sozialversicherungen verbessert werden. Das Rentenniveau darf nicht gesenkt, sondern muss erhöht werden, insb. für Menschen mit niedrigeren Einkommen. Die Rente erst ab 67 muss gestoppt werden: und die Renten im Osten müssen endlich an das Westniveau angeglichen werden. Das Arbeitslosengeld muss verlängert werden. Zuzahlungen in der Krankenversicherung müssen ebenso abgeschafft werden, wie das jetzt endlich mit der Praxisgebühr erfolgt.

Reichtum besteuern: Ein Richtungswechsel erfordert drittens, große Vermögen und große Erbschaften, finanzstarke Unternehmen, Kapitalerträge und hohe Einkommen deutlich stärker zu besteuern, um den Sozialstaat und die Lasten der Krisen solidarisch zu finanzieren sowie der fortschreitende Konzentration des Reichtums und Polarisierung zwischen oben und unten entgegen zu wirken. Im Mittelpunkt stehen die Forderungen nach einer einmaligen massiven Vermögensabgabe der Reichen und nach einer dauerhaften Millionärsteuer.

Krise, Demokratie und Europa: Und viertens erfordert ein Richtungswechsel eine völlig andere Europapolitik und die Stärkung der Demokratie auf allen Ebenen. Wir dürfen den

berechtigten Unmut in der Bevölkerung über die real existierende EU nicht den rechten Stammtischen überlassen. Wir stehen für die Verteidigung von Demokratie und Sozialstaat gegen die Krisenpolitik der herrschenden Klassen und politischen Eliten in den europäischen Staaten bzw. der EU-Kommission. Notwendig sind ein grundlegender Politikwechsel und ein Neustart der Europäischen Union. Wir fordern Volksabstimmungen über die Zukunft des Sozialstaats in Europa und in Deutschland. Erfahrungen auf kommunaler Ebene und Landesebene zeigen: Direkte Demokratie kann ein Instrument gegen Privatisierungen und Kürzungswut sein.

8. Mehr Linkspopulismus wagen!

DIE LINKE darf sich nicht zwischen den Fronten eines Lagerwahlkampfes zerreiben lassen. Wir müssen einen eigenständigen Kurs für einen Politikwechsel in Deutschland und Europa behaupten und daraus zugleich die Mindestanforderungen an eine Regierungsbeteiligung ableiten. Die Medien werden versuchen, uns als „anti-europäisch“ zu brandmarken, weil wir Fiskalpakt und ESM ablehnen. Dies darf uns nicht schrecken. Wir stehen an der Seite der Lohnabhängigen und der Mehrheit in Europa und verteidigen Demokratie und Sozialstaat gegen die „Euro-Putschisten“. Wir müssen deutlich machen: es geht nicht um für oder gegen Europa, sondern um Widerstand gegen einen Generalangriff auf die sozialen und demokratischen Rechte und den Kampf für ein anderes Europa, bei dem die Interessen der Menschen und nicht die Freiheiten des Kapitals im Mittelpunkt stehen. ▶



Linke Politik für einen sozial-ökonomischen Richtungswechsel

Kernprojekt ist ein groß angelegtes längerfristiges, öffentliches Investitions- und Beschäftigungsprogramm, das reale Schritte für einen sozial-ökologischen Umbau einleitet und zusätzliche Beschäftigung ermöglicht.

Matthias W. Birkwald, Axel Gerntke, Ralf Krämer



1. Resultate des neoliberalen Entwicklungspfades

Seit knapp vier Jahrzehnten wird die Entwicklung Deutschlands wie der gesamten kapitalistischen Welt durch die fortschreitende Durchsetzung neoliberaler und neokonservativer Politik geprägt. Wirtschaftliche Liberalisierung und Internationalisierung, Stärkung des Finanzkapitals, Privatisierung, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Umverteilung von unten nach oben sind die Hauptrichtungen. Der Zusammenbruch der DDR und des realsozialistischen Staatensystems haben diesem kapitalistischen Vormarsch weiteren Spielraum gegeben und die Defensive der ArbeiterInnenbewegung und der Linken verstärkt.

Die Resultate sind aus Sicht der arbeitenden Klassen und der Mehrheit der Menschen objektiv desaströs. Die wirtschaftliche Entwicklung war in den kapitalistischen Zentren schwächer und krisenhafter als zuvor. Zugleich vollzog sich eine fortschreitende Umverteilung zugunsten der Profite und Vermögenseinkommen, noch verstärkt durch Steuersenkungen zugunsten der Reichen und der Unternehmen. Die Masseneinkommen blieben immer weiter zurück; in Deutschland stagnieren sie preisbereinigt seit über 30 Jahren.

Die Realeinkommen der schlechter bezahlten und der Sozialleistungen beziehenden Teile der Bevölkerung sanken sogar deutlich. Die Arbeitslosigkeit bewegte sich auf anhaltend hohem Niveau. Reguläre Vollzeitbeschäftigung und Tarifbindung nehmen ab, prekäre, ungesicherte und niedrig entlohnte Beschäftigung und ungünstige Arbeitszeiten breiten sich aus. Die Bedrohung durch Armut und soziale Ausgrenzung frisst sich durch wachsende Teile der Bevölkerung. In den Betrieben steigen die Anforderungen an die Flexibilität der Beschäftigten, Druck und Stress. Auch die ökologischen Schäden und Bedrohungen spitzen sich weltweit weiter zu.

Sozialstaatliche Errungenschaften wurden demontiert. Gesundheitswesen, Alterssicherung, Hochschulen und Bildungseinrichtungen sind zunehmendem Privatisierungsdruck unterworfen. Öffentliches Eigentum und Infrastrukturen wie Post und Telekommunikation, Verkehrsunternehmen, Elektrizitätsversorgung, Wohnungsunternehmen, Banken, Industrieunternehmen wurden in großem Umfang privatisiert und kapitalistischer Konkurrenz ausgesetzt. In Deutschland sank die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten in den vergangenen 20 Jahren um mehr als zwei Millionen. Die Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt - die sog. Staatsquote - wurden gesenkt, im Gefolge der Agenda 2010 von über 48 auf unter 44 Prozent; 44,5 Prozent ist die offizielle Zielmarke nach krisenbedingtem Wiederanstieg. Die Staatsschuldenquoten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt stiegen dennoch wegen Steuersenkungen und seit 2008 wegen Bankenrettungen und Kosten der Krise stark an; in Deutschland verdoppelte sich die Schuldenquote seit 1991 von 40 auf über 80 Prozent.

Für die kapitalistischen Klassen war die neoliberale Konterrevolution sehr erfolgreich. Der Fall der Profitrate wurde aufgehalten und ein Stück weit umgekehrt. Die Gewinne und Vermögenseinkommen in Deutschland haben sich seit 1980 nach Abzug der Preissteigerungen mehr als verdoppelt. Der Anteil des reichsten Prozents und noch mehr der des

reichsten Tausendstels der Bevölkerung und der Superreichen an den Einkommen und am Vermögen stieg stark an. Mittlerweile besitzen in Deutschlands die MillionärInnen über ein Drittel des gesamten Vermögens, erheblich mehr als die gesamte öffentliche Verschuldung beträgt.

2. Große Krise und schwache Gegenkräfte

Der tiefe Kriseneinbruch 2008 und 2009 hat nur zu einer vorübergehenden Schwächung des Neoliberalismus geführt. Es gab eine Kurskorrektur hin zu einer wieder stärkeren Betonung staatlicher Eingriffe und Regulierung - allerdings im Sinne einer zunehmend autoritären Festigung der Herrschaft des Groß- und Finanzkapitals. Die Krise des Euro-Raums nutzen die herrschenden Klassen unter Führung der deutschen für einen verschärften Klassenkampf von oben, um soziale Errungenschaften und Rechte der Lohnabhängigen in Europa wegzufegen.

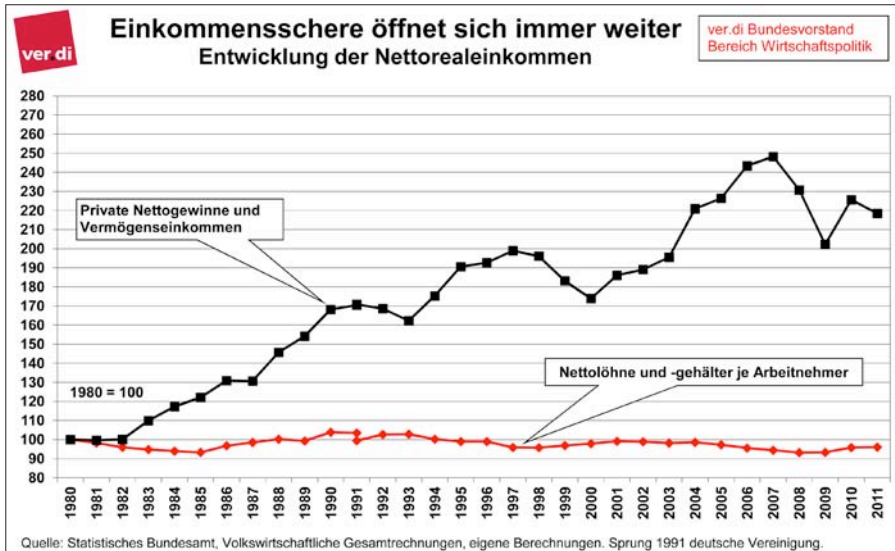
Die Krise des neoliberalen Entwicklungspfades des Kapitalismus und einer verfehlten wettbewerbsstaatlichen Konstruktion der EU wird propagandistisch umgedeutet zu einer Staatsschuldenkrise durch zu hohe Ausgaben. Die neoliberal-kapitalistische Herrschaft wird in den übernationalen Strukturen zementiert und nahezu unangreifbar gemacht, Demokratie wird zur Fassade. Die Verschärfung der Krise und soziale Katastrophen in weiten Teilen der EU nehmen die herrschenden Kreise billigend in Kauf.

In den von Krise, Sozial- und Demokratieabbau heftiger betroffenen Staaten gibt es großen Widerstand. Doch den linken sozialistischen Kräften gelang es bisher nur in wenigen Ländern stärker zu werden, in anderen sind sie sogar schwächer geworden. In mehreren Ländern haben rechtspopulistische oder gar faschistische Gruppierungen die Probleme als national, ethnisch oder religiös bedingt darstellen und den Protest für sich nutzen können.

Die ökonomische und politische Macht liegt beim Kapital und den politischen Eliten in den zentralen Staaten der EU, insbesondere in Deutschland. Ohne einen Richtungswechsel hierzulande und im ersten Schritt eine Abkehr von der bisherigen neoliberal bestimmten Politik wird sich keine positive Perspektive für Europa entwickeln und durchsetzen lassen.

Doch in Deutschland sitzen - wie in den meisten EU-Staaten - neoliberale und kapitalorientierte Kräfte weiterhin fest im Sattel. Sozialdemokratie und Grüne beschränken sich auf Forderungen nach Modifikationen innerhalb des neoliberalen Rahmens, für eine Gegenposition fehlen ihnen die Orientierung, die Kraft und der Mut. Es gibt hierzulande bisher auch keine breite Protestbewegung. Die Lohnabhängigen nehmen die Krise irgendwie als Dauerzustand wahr, eine akute Zuspitzung gibt es in der Breite bislang nicht. Immer mehr Menschen üben Kritik am Kapitalismus und zunehmender Ungerechtigkeit, sehen aber keine realistische und durchsetzbare Alternative, für die zu kämpfen sich lohnen würde.

Die herrschende Politik ist sich einig: Gerade im Vergleich mit den europäischen Nachbarn könne „Deutschland“ sich glücklich schätzen. Geringe Arbeitslosenquoten, Exportüber-



schüsse und ein relativ hoher Lebensstandard kennzeichneten die Situation. Union und FDP einerseits und SPD und Grüne andererseits wetteifern nur noch darum, wem dieser vermeintliche Erfolg zu verdanken sei. Während die Mehrheiten bei SPD und Grünen sich rühmen, mit der Agenda 2010 einen Paradigmenwechsel durchgesetzt zu haben, reklamieren Union und FDP Erfolge für sich, da die schwarz-gelbe Regierung Deutschland durch „schwieriges Fahrwasser“ geleitet habe.

Ein Blick hinter die Kulissen zeigt, dass die Lage wesentlich komplizierter ist. Die gesamte Erwerbslosigkeit und Abhängigkeit von Hartz IV ist erheblich höher als die Arbeitslosenzahlen zeigen. Die soziale Absicherung der Erwerbslosen wurde durch die Hartz-Gesetze massiv verschlechtert. Der Druck auf die Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen ist sehr groß. Prekäre, ungeschützte Beschäftigung ist weiter auf dem Vormarsch, soziale Schutzrechte und Sicherheiten werden untergraben. Viele Menschen ringen individualisiert um ihr Leben. Allgemeine gesellschaftliche Fragen, aber auch Fragen was, zu welchem Zweck unter welchen Bedingungen produziert werden soll, treten in den Hintergrund.

3. Aufgabe der LINKEN: Politik für bessere Kräfteverhältnisse

Aus dieser Situation ergeben sich für DIE LINKE Aufgaben und Chancen. Allgemein bestimmt das Parteiprogramm diese wie folgt: „Die nachhaltige Überwindung der wirtschaftlichen Krise und der Massenerwerbslosigkeit, der sozialen Krise und der Energie- und Klimakrise erfordert eine *andere Wirtschaftsordnung*, die nicht mehr vom Streben nach maximalem Profit beherrscht wird. Als erster Schritt ist ein *grundlegender Richtungswechsel der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung notwendig*, ein sozial-ökologischer Umbau.“ Und: „Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische

Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen.“ Was bedeutet das unter den gegebenen Bedingungen? DIE LINKE muss zum einen *Sprachrohr für den Protest* gegen die herrschenden Verhältnisse sein und das Bedürfnis nach einer grundlegend veränderten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Ausdruck bringen, die nicht mehr vom kapitalistischen Streben nach maximalem Profit beherrscht wird. Sie muss aber zugleich *realisierbare Alternativen aufzeigen und vertreten*, für die mit gewissen Erfolgsaussichten gekämpft werden kann, und damit Druck machen in der Öffentlichkeit und gegenüber den anderen politischen Kräften. Sie muss deutlich machen, dass die *Stärkung der LINKEN* als aktive Partei in den Bewegungen und Gemeinden, Organisationen und Kämpfen und in den Parlamenten wichtig ist, um Verbesserungen für die Mehrheit der Menschen durchzusetzen.

Es geht um ein *mittelfristiges Projekt mit Reformalternativen*, die Interessen der Mehrheit zum Ausdruck bringen und für die wirksame gesellschaftliche Kämpfe organisiert werden können. DIE LINKE muss *gemeinsame soziale Interessen* derjenigen artikulieren, die von ihrer eigenen Arbeitskraft bzw. der ihrer Familienangehörigen leben müssen oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Also Interessen an guter Arbeit, gutem Einkommen und guten Lebensbedingungen, die im Konfliktfall gegen Interessen der kapitalistischen Klasse durchgesetzt werden müssen.

Nur wenn die arbeitende Klasse im weiten Sinne, die eine breite Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, in zunehmendem Maße diese Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkennt und dies politisch wirksam wird, ist es möglich, eine andere Entwicklungsrichtung durchzusetzen und so auch Ausgangsbedingungen für weitergehende demokratisch-sozialistische Umgestaltungen zu schaffen. Es muss der LINKEN also immer auch darum gehen zu fördern, dass so etwas wie ein *Klassenbewusstsein der Lohnabhängigen* sich wieder verstärkt herausbildet. Nur so, im Ergebnis von Klassenkämpfen und veränderten Kräfteverhältnissen werden die Konzepte, gesellschaftlichen Akteure und Mehrheiten für Alternativen zum Kapitalismus entwickelt.

Demokratische Reformalternativen für einen Richtungswechsel sind etwas anderes als eine Ansammlung von Zielen und Forderungen nach dem Motto „*Wünsch dir was*“ und „*Wie hätten Sie's denn gern?*“. Die beste linke Forderung ist diejenige, die die meisten Menschen anspricht und für linke Positionen und die Unterstützung der LINKEN überzeugt und mobilisiert, nicht unbedingt die radikalste. Die Forderungen müssen ökonomisch realisierbar und geeignet sein, Interessen zu verbinden und Kräfte zu sammeln, breite Bündnisse zu bilden und in Bewegung zu bringen, aus Gewerkschaften und anderen Teilen der Gesellschaft, die Interesse an einem Richtungswechsel haben. Das gilt auch bei Forderungen zur Höhe des Mindestlohns, der Mindestrente oder Mindestsicherung.

Linke Forderungen können und müssen dabei *am Bewusstsein und den Einstellungen der Lohnabhängigen anknüpfen*, insbesondere an ihrem Gerechtigkeitsinn. Mittlerweile betrachten fast 90 Prozent die Einkommensunterschiede als zu groß. Fast 60 Prozent unter-

stützen, dass Einkommen nicht allein von der individuellen Leistung abhängen soll, sondern alle genug für ein anständiges Leben haben sollten. 60 Prozent halten aber zugleich Unterschiede im Einkommen und sozialen Status als Leistungsanreize für unverzichtbar.¹ Dass eigene Arbeit sich auszahlen muss in entsprechenden Einkommen sowie Ansprüchen auf soziale Leistungen und Sicherheiten ist eine grundlegende und berechnete moralische Auffassung der arbeitenden Klassen.

4. Kernpunkte für einen Richtungswechsel

Was sind nun die zentralen Inhalte des notwendigen sozial-ökonomischen Richtungswechsels in Deutschland? Die wesentlichen Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte müssen korrigiert werden. Erforderlich ist eine Ausweitung der Binnennachfrage und der auf den inländischen Bedarf gerichteten Beschäftigung. Nötig ist dazu eine Steigerung der Lohnquote, insbesondere der niedrigen Löhne, und der Staatsquote, also der öffentlichen Investitionen und Personalaufwendungen und der Sozialleistungen. Die riesigen Exportüberschüsse Deutschlands sind ökonomisch und international nicht dauerhaft tragfähig und eine Hauptursache der Euro-Krise. Die effektiv durchgesetzten - nicht die nur tariflich geforderten - Lohnzuwächse sollten deshalb für die nächsten zehn Jahre bei mindestens vier Prozent pro Jahr liegen.

Im Mittelpunkt steht einerseits ein *Politikwechsel auf dem Arbeitsmarkt*: Re-Regulierung gegen Lohndumping und gegen Prekarisierung, für eine soziale Ordnung und eine Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse und die Stärkung der Gewerkschaften. Erforderlich ist zudem ein neuer Anlauf sozialer, humaner und beschäftigungswirksamer Verkürzung und Gestaltung der Arbeitszeiten. Und andererseits ein *finanzpolitischer Kurswechsel*: gezielte Mehrausgaben und Ausweitung des Sozialstaats statt Kürzungspolitik. Mit diesen Forderungen hat DIE LINKE ein klares Alleinstellungsmerkmal.

Kernprojekt ist ein groß angelegtes längerfristiges, öffentliches Investitions- und Beschäftigungsprogramm, das reale Schritte für einen sozial-ökologischen Umbau einleitet und zusätzliche Beschäftigung ermöglicht. Wesentliche Felder sind Energieerzeugung und -einsparung, Öffentlicher Personennah- und -fernverkehr sowie der Bildungsbereich, Gesundheit und Soziales. Das Programm gibt zugleich massive Nachfrageimpulse für die privaten Unternehmen und Haushalte. Erforderlich ist ein großer Investitionsschub für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Lebensweise, ein Umbau weiterer Teile des gesellschaftlichen Sachvermögens: Produktionsanlagen, Wohnungen, öffentliche Gebäude und Infrastruktur.

Erforderlich sind die *Ausweitung und Besserstellung sozialer Dienstleistungen in Bildung, Erziehung und Gesundheitswesen, sowie die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Stopp und Rücknahme von Privatisierungen*. Das schafft neue Arbeitsplätze, die tariflich bezahlt und gestaltet sein müssen, und zugleich die sozialen Voraussetzungen höherer Frauen- und Elternerwerbstätigkeit sowie eine professionelle und finanzielle Aufwer-

¹ Vgl. Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 48, Juli 2012.

tung dieser bisher vor allem von Frauen geleisteten Arbeit. Dies wird auch auf die privaten Dienstleistungsbereiche und die gesamten Beschäftigungsbedingungen von Frauen ausstrahlen. Es geht um den Übergang von der bisherigen „Low-Road“ zu einer an skandinavischen Beispielen orientierten „High-Road“ der Dienstleistungsbeschäftigung.

Die Absicherung sozialer Risiken und die Altersvorsorge ist sozialstaatlich und insbesondere durch die Verallgemeinerung, *Leistungsverbesserung und verstärkt solidarische Ausgestaltung der Sozialversicherungen* zu leisten. Und zwar paritätisch finanziert, auf dem Wege der Umlagefinanzierung, ohne Kapitaldeckung und Finanzmärkte. Zugleich sind die steuerfinanzierten *Mindestsicherungen sanktionsfrei und armutsvermeidend* auszugestalten.

Erforderlich ist eine solide und sozial gerechte dauerhafte Finanzierung durch *höhere öffentliche Einnahmen*, vor allem durch eine Abschöpfung großer Privatvermögen und stärkere Besteuerung finanzkräftiger Unternehmen und hoher Einkommen: *Reichtum besteuern!* Durch eine „Millionärsabgabe“ ist auch in die Vermögenssubstanz umverteilend einzugreifen. Das ist auch der beste Weg zum Abbau übermäßiger öffentlicher Verschuldung.

Der *Finanzsektor* muss *strikt öffentlich reguliert* werden, öffentliche und genossenschaftliche Banken sind zu stärken. Wo sich Möglichkeiten dazu ergeben, sind Privatbanken in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle zu überführen.

In der *EU ist eine Abkehr vom Neoliberalismus* und von der krisenverschärfenden Politik der Lohn- und Sozialkürzungen nötig. Die Regelungen zur Finanzierung hoch verschuldeter EU-Staaten sind solidarisch, demokratisch und unter Umgehung der Finanzmärkte neu zu fassen, ebenso die Verordnungen zur makroökonomischen Koordinierung. Wir wollen eine andere Europäische Union, mit neuen EU-Verträgen, die nicht mehr die „Binnenmarktfreiheiten“ in den Mittelpunkt stellen, sondern einen Vorrang sozialer und ökologischer Kriterien und eine umfassende Demokratisierung der Strukturen der EU verankern.

5. Gute Arbeit - gute Löhne

Im Mittelpunkt des Anspruchs der Menschen auf ein freies, selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben steht für Männer und Frauen die Erwerbstätigkeit. Massenarbeitslosigkeit schwächt zudem nachhaltig die Position der Beschäftigten wie der Erwerbslosen gegenüber dem Kapital und verursacht große finanzielle Belastungen für den Sozialstaat. Der *Kampf gegen Massenerwerbslosigkeit und für Vollbeschäftigung* ist und bleibt deshalb für DIE LINKE ein unverzichtbares Kernelement ihrer Politik. Entscheidend ist aber ebenso die *Qualität* der Erwerbstätigkeit. Ziele sind also „gute Arbeit“ und „gute Löhne“. Doch was ist das?

Einen „gerechten Lohn“ kann es im Kapitalismus ebenso wenig geben, wie faire Arbeitsbedingungen. Die Finanzmärkte durchdringen mit kurzfristigen Renditevorgaben alle Lebensbereiche und modeln diese entsprechend um. Gleichwohl steht die Politik vor der Wahl, ob sie sich den Vorgaben der Finanzmärkte unterwirft, oder versucht gegenzusteuern und



Elemente einer alternativen Logik zu etablieren. Voraussetzung hierfür ist eine gesellschaftliche Mobilisierung, die vorhandene fortschrittliche Ansätze innerhalb der Bevölkerung und insbesondere innerhalb der abhängig Beschäftigten aufgreift und weiter entwickelt. Die meisten Menschen haben eine vage, allerdings unterschiedliche Vorstellung, was unter „Guter Arbeit“ zu verstehen ist. Gleichwohl sind in den tarif- und betriebspolitischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre immer wieder auch von Beschäftigten als solche empfundene, (subjektive) gemeinsame Interessen zutage getreten:

Hier ist als erstes die *Arbeitsplatzsicherheit* zu nennen. Nahezu alle Formen prekärer Beschäftigung stehen der Arbeitsplatzsicherheit entgegen. Für viele, gerade Ältere, besteht nahezu keine Möglichkeit, aus der Arbeitslosigkeit heraus eine gute Arbeit zu erlangen. Bereits deswegen und wegen der schlechten sozialen Sicherung Erwerbsloser wächst das Interesse, einen einmal erlangten Arbeitsplatz zu behalten.

„Gute Löhne“: Generell besteht das Interesse, „gut“ zu verdienen. Generell dürfte „als Untergrenze“ der Anspruch bestehen, durch die Erwerbsarbeit die eigene Existenz materiell abzusichern. Je nach Ausbildungsgrad und Qualifikation soll diese Grenze deutlich über

schritten werden. Hinzu kommt: Das Einkommen sollte in einem angemessenen Verhältnis zum Ertrag des Unternehmens und zur gesellschaftlichen ökonomischen Entwicklung stehen. Wenn die Profite steigen, haben die wenigsten dafür Verständnis, dass die Reallöhne sinken, auch wenn beides miteinander im Zusammenhang steht.

Arbeitsbedingungen: Die Anforderungen der Tätigkeit müssen der jeweiligen Qualifikation und Leistungsfähigkeit angepasst werden. Nicht nur körperliche, auch psychische Belastungen müssen berücksichtigt, ggf. auch vermieden werden. Altersbedingte Veränderungen der Leistungsfähigkeit müssen berücksichtigt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Arbeitskraft nicht kurzfristig vernutzt wird. Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet sein, dass die Beschäftigten nicht zerschlagen in Rente gehen, sondern auch ein gutes Leben im Alter führen können.

Dies beinhaltet auch eine entsprechende Gestaltung der Arbeitszeiten. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, flexibel entsprechend ihrer Bedürfnisse in den Ruhestand gehen zu können. Eine solche flexible Lebensarbeitszeit bedarf aus gesundheits- und beschäftigungspolitischen Gründen ihrer Ergänzung durch stärker regulierte Wochen- und Tagesarbeitszeiten.

Bestandteil guter Arbeit muss zudem die „Sinnhaftigkeit“ der Arbeit sein. Produktion und Dienstleistungen müssen der Gesellschaft dienlich sein. Darüber, was der Gesellschaft dienlich ist, bedarf es einer demokratischen Debatte, in die die Beschäftigten einzubeziehen sind, und demokratischer Entscheidungsstrukturen.

44

Soziale Sicherung: Gute Arbeit zeichnet sich auch dadurch aus, dass mit ihr soziale Sicherungsstandards verbunden sind, die nicht nur auf Armutsvermeidung und Minimalabsicherung zielen. Im Falle, dass die Arbeit nicht erbracht werden kann, muss der Lebensstandard erhalten bleiben.

Um erste Schritte zur Umsetzung und Konkretisierung der vorgenannten Kriterien gehen zu können, bedarf es mit Blick auf die nächste Legislaturperiode eines **Aktionsprogramms Gute Arbeit – Gute Löhne**, das zum einen darauf zielt, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern, zum anderen, die Handlungsmöglichkeiten für die Gewerkschaften auszubauen. Eckpunkte eines solchen Programms sind:

- *Absicherung Erwerbsloser:* Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I, sanktionsfreie bedarfsdeckende Mindestsicherung, Zumutbarkeitsregelungen, die vor Lohndumping schützen, anstatt es zu fördern.
- *Zurückdrängung prekärer Beschäftigung:* Generelle Kranken-, Pflege- und Rentenversicherungspflicht für alle Beschäftigungsformen; Abschaffung der Sonderregeln für Mini- und Midijobs; Abschaffung von Befristungen ohne sachlichen Grund; Verbesserung des Kündigungsschutzrechts; equal pay und equal treatment bei der Leiharbeit

sowie Wiedereinführung des Synchronisationsverbots als Zwischenschritt zum Verbot der Leiharbeit; Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Praktika; verschärfte Regelungen und Kontrollen gegen Scheinselbstständigkeit; Ausbau der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte bei Einstellungen und Kündigungen; stärkere staatliche Durchsetzung der bestehenden Gesetze (Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, Übertragung von Kontrollkompetenzen von der Bundesagentur für Arbeit auf den Zoll.)

- *Verbesserung der Einkommen:* Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns im ersten Schritt in Höhe von zehn Euro brutto, der auch die Verhandlungsposition der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen stärkt; Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen; Stärkung weiterer Gewerkschaftsrechte, die das Lohnniveau positiv beeinflussen: Verbot der Aussperrung, Wiedereinführung von Kurzarbeitergeld bei kalter Aussperrung, umfassendes Verbandsklagerecht, umfassende Gewerkschaftsrechte in Tendenzbetrieben, insbesondere bei den kirchlichen Arbeitgebern.
- *Begrenzung und soziale Gestaltung der Arbeitszeiten:* Senkung der gesetzlich zulässigen durchschnittlichen wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden; weniger Ausnahmeregelungen und stärkere Kontrollen; Begrenzung gesundheitsschädlicher und unsozialer Arbeitszeiten; Stärkung der Rechte von Eltern und Pflegenden in Bezug auf die Gestaltung ihrer Arbeitszeiten.
- *Ausbau demokratischer Betriebs- und Unternehmensstrukturen:* Genereller Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten, auch bei sogenannten unternehmerischen Entscheidungen; neue Unternehmensmitbestimmung, so dass reale Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmerseite gegeben sind.

6. Solidarische Soziale Sicherung

Die Sozialversicherungen sind die zentralen Standbeine des deutschen Sozialstaats. Sie sorgen dafür, dass der Kampf um gute Löhne und gute Arbeit im Falle von Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität, Arbeitslosigkeit und Pflege nicht plötzlich bedeutungslos wird. Der einmal über den Arbeitsmarkt erreichte Lebensstandard soll weitgehend erhalten bleiben, auch wenn die Einzelnen aus gesundheitlichen, arbeitsmarktbedingten oder altersbezogenen Gründen nicht mehr erwerbstätig sein können oder müssen.

Diese Doppelstruktur will DIE LINKE erhalten, oder, genauer gesagt, wieder herstellen: Erstens soll die soziale Sicherung an den Kampf um die Primärverteilung (zwischen Kapital und Arbeit) gekoppelt bleiben. Und zweitens soll sie die Früchte dieses Kampfes auch in den Phasen erhalten, in denen die Menschen gerade nicht oder nicht mehr erwerbstätig sind.

Dieser Ansatz steht vor zwei Herausforderungen: Die eine besteht darin, dass sowohl die Primär-, also die Markteinkommen, immer ungleicher verteilt werden als auch die Sozialversicherungen bereits seit mehr als zwanzig Jahren immer weiter vom Ziel der Lebensstandardsicherung entrückt worden sind. Miese Löhne auf dem Arbeitsmarkt ergeben eben auch schlechten Schutz in den Sozialversicherungen. Und ständige Abstriche an

der Arbeitslosenversicherung und an der Rente führen eben selbst bei durchschnittlichen Einkommen zu immer schlechterer sozialer Absicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter.

Die zweite Herausforderung besteht darin, dass aus der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses und der damit verbundenen Zunahme prekärer Beschäftigung von verschiedenen Seiten geschlussfolgert wird, dass die soziale Sicherung möglichst weitgehend vom Arbeitsmarkt und damit vom Kampf um die Primäreinkommen entkoppelt werden soll. Vorschläge wie das Bedingungslose Grundeinkommen stellen hierbei die radikalste Variante dar. Andere Vorschläge blicken auf die inzwischen politisch willkürlich in ihrer Wirkung stark beschädigten Sozialversicherungen und schlagen vor, sie möglichst weitgehend durch private Vorsorge zu ergänzen.

Während das Bedingungslose Grundeinkommen einem Abschied vom Kampf um die Primäreinkommen gleich käme und die Finanzierungsfrage in potenziertem Größenmaßstab auf das Steuersystem verlagerte, bedeutete die Privatisierung einen Abschied aus jeglicher Solidarität.

Die private Riester-Rente ist hierfür ein warnendes und abschreckendes Beispiel: Mit Unmengen staatlicher Mittel gefördert erreicht sie nicht einmal das für sie vorgesehene Ziel, das politisch willkürlich abgesenkte, gesetzliche Rentenniveau auszugleichen. Solidarität – wie sie die gesetzliche Rente für Zeiten der Erziehung, der Arbeitslosigkeit und für die Erwerbsminderung kennt – ist der privaten Vorsorge fremd.

Die „Grundrente“ ist der Versuchsballon des Grundeinkommens auf dem Gebiet der Alterssicherung. Eine Grundrente bedeutet ebenfalls, den Kampf um die Markteinkommen, um gute Arbeit und gute Löhne preiszugeben. Die Grundrente ist eine *Einheitsrente*, die politisch dem Ziel der solidarisch organisierten Lebensstandardsicherung den Garaus machen würde. Die Lebensstandardsicherung würde der kapitalgedeckten Privatvorsorge überantwortet.

DIE LINKE will deshalb, dass die Lebensstandardsicherung und der solidarische Ausgleich wieder die zentralen Ziele der Sozialversicherungen werden. Lebensstandardsicherung bedeutet aber unweigerlich, dass jede und jeder sich ihren und seinen Lebensstandard zu guten Bedingungen erarbeiten können muss. Das ist das Zentrum, der Dreh- und Angelpunkt LINKER Sozialpolitik.

Ein Mittel zu mehr Solidarität besteht darin, künftig *alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rente einzubeziehen*. Das bedeutet aber nicht, dass die Politik gegen die Armut damit an den Rand gedrängt würde. Im Gegenteil: Der Kampf gegen die Armut setzt vorbeugend an. Armut (im Alter) soll also gar nicht erst entstehen.

Deswegen ergibt es auch wenig Sinn, sich ständig und ausschließlich nur Gedanken darüber zu machen, ab welcher Grenze Armut beginnt. Die in der Wissenschaft diskutierten

Grenzen unterscheiden sich stark. Sie liegen derzeit für Alleinstehende zwischen 848 Euro und 1063 Euro netto. *Der zuweilen auch in der LINKEN verbissen geführte Kampf um die Höhe der Armutsgrenze verkennt zudem völlig, dass Armut mehr ist als nur ein Mangel an Einkommen:* Sie ist auch und insbesondere ein Mangel an Bildungschancen, an gutem Wohnraum, an guter Ernährung oder auch kultureller Teilhabe. Diese Probleme lassen sich allein weder mit 848 Euro noch mit 1050 Euro oder mit 1063 Euro lösen.


Armut muss verhindert werden. Und gleichzeitig muss bereits entstandene Armut, die nicht mehr über künftig bessere Arbeit und bessere Löhne verhindert werden kann, gezielt bekämpft werden. Das ist Ziel der *Solidarischen Mindestrente*. Anders als Grundrentenmodelle will sie die gesetzliche Rentenversicherung nicht ersetzen. Sie soll sie so lange wie nötig und so gut wie möglich ergänzen. Und laut Erfurter Programm an diejenigen gezahlt werden, deren geringe Einkommen und Vermögen ansonsten zu einem Leben unter der Armutsgrenze führen würden. Zudem wollen wir die gesetzliche zu einer solidarischen Rentenversicherung umbauen, in der alle Erwerbstätigen, Erwerbslosen, Erziehenden und Pflegenden versichert sein werden. 



Foto: Dietmar Treber | R-Mediabase

Den Richtungswechsel voran treiben: Für eine gute Rente und ein gutes Leben im Alter

Der Dreiklang aus Armutsvermeidung durch Mindestrente, Lebensstandardsicherung und Stärkung des Solidarausgleichs muss nun in gut vermittelbare Botschaften übersetzt werden.

Katja Kipping



Ein Blick zurück

Als die Linksfraktion im Bundestag 2005 ihre Arbeit aufnahm und auch noch 2007, als PDS und WASG zur Partei DIE LINKE fusionierten, war in der Rentenpolitik, das von Rot-Grün im Rahmen der Agenda 2010 installierte Drei-Säulen-Prinzip fest verankert. Demnach soll nicht mehr die paritätisch finanzierte gesetzliche Rente den Lebensstandard im Alter sichern. Ihre Beiträge sollen begrenzt werden, ihr Niveau zu diesem Zwecke abgesenkt werden. Die dadurch entstehenden Lücken sollen die Versicherten durch private und betriebliche Altersvorsorge ausgleichen. Diese Arten der Altersvorsorge sollen – in der Theorie – so hohe Renditen abwerfen, dass die Niveauabsenkung der gesetzlichen Rente ausgeglichen werden kann.

Dieser Ansatz war von Anfang an vor allem im Interesse der Arbeitgeber_innen, für die die Beitragssätze tatsächlich begrenzt wurden, und im Interesse der privaten Finanz- und Versicherungsunternehmen, für die mit der staatlichen Förderung der Riester-Rente ein riesiges, lukratives neues Geschäftsfeld eröffnet wurde. Für die Beschäftigten bedeutet der 2001 vollzogene Prinzipienwechsel dagegen eine Mehrbelastung. Denn sie müssen dem sinkenden Rentenniveau alleine hinter her sparen und happige Beiträge für die Zusatzvorsorge aufbringen.

Dennoch wurde das Drei-Säulen-Paradigma bis dahin nicht einmal von den Gewerkschaften oder Sozialverbänden ernsthaft in Frage gestellt. Keiner kratzte damals an der Riester-Rente. Kaum jemand sprach über die absehbaren verheerenden Folgen der Absenkung des Rentenniveaus für Klein- und Mittelverdiener_innen. Noch 2007 zockte Müntefering im Namen der finanziellen Nachhaltigkeit der Rentenversicherung in der großen Koalition die Rente erst ab 67 durch. Auch die Entgeltumwandlung – die staatliche Förderung von Betriebsrenten, die auf Kosten der gesetzlichen Rente geht und heute ebenfalls angezweifelt wird – wurde da erst entfristet.

Alternativen der LINKEN

DIE LINKE hat von Anfang an heftige Kritik an dem von Rot-Grün eingeschlagenen und allen Nachfolgeregierungen weiter verfolgten Kurs geübt. Durch zahlreiche Anträge im Bundestag haben wir die Grundsatzkritik an dieser Weichenstellung immer wieder ins Parlament und in die Öffentlichkeit gebracht. Durch unzählige kleine Anfragen haben wir die Defizite der Riester-Rente wie der privaten Altersvorsorge überhaupt zutage gefördert. Durch unser Beharren auf Offenlegung der relevanten Daten konnten wir zeigen, wie sozialpolitisch unverantwortlich die Rente erst ab 67 ist. Rentenpolitisch haben wir nach unserer Gründung schnell geliefert und 2008 erstmals ein umfassendes Rentenkonzept verabschiedet. Unsere Rentenkampagne im selben Jahr machte unsere Kritik am herrschenden Modell in Partei und Öffentlichkeit bekannt. 2011 wurde dieses Konzept durch einen wichtigen Baustein – die Solidarische Mindestrente – ergänzt und abgerundet.

2012 sieht die rentenpolitische Debatte schon anders aus: Der Glaube an das Drei-Säulen-Prinzip hat erhebliche Risse bekommen. Die Riester-Rente hat sich als gewaltiger Flop, die kapitalgedeckte Alterssicherung insgesamt als extrem unsicher erwiesen. Die Rente erst ab 67 wankt spätestens mit dem jüngsten SPD-Beschluss. Alarmiert durch die Konsequenzen der rot-grünen bis schwarz-gelben Rentenreformen sprechen plötzlich alle über Altersarmut und darüber, etwas für die Renten von Geringverdienenden zu tun. DIE LINKE hat mit ihrer Kritik viel erreicht. Dass heute überhaupt wieder über das Rentenniveau, die mögliche Abkehr von der Riester-Rente und der Rente erst ab 67 gesprochen wird, dass Fragen der Mindestabsicherung diskutiert werden, ist auch das Verdienst unserer jahrelangen Bemühungen, die Renten-Debatte in diese Richtung zu treiben. Ist deshalb rentenpolitisch nun also alles gut? Hat DIE LINKE ihren Zweck erfüllt? Soll sie von entwickelten Positionen abrücken, auf zu neuen Ufern? Mitnichten!

Der Blick nach vorn

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will das Rentenniveau weiter in den Keller gehen lassen. Und das, obwohl nach jahrelangem Mahnen der LINKEN nun auch Sozialministerin von der Leyen erkannt hat, dass deshalb in Zukunft selbst Menschen mit mittleren Einkommen nur noch schwer eine Rente über der Grundsicherung erreichen. Damit sich Beitragszahlungen für Geringverdienende trotzdem lohnen, will sie geringe Rentenansprüche höher bewerten. Die Voraussetzungen hierfür sind jedoch so exorbitant hoch, dass kaum jemand sie erreichen wird. Auch wird die gescheiterte Riester-Rente quasi zur Pflicht gemacht. Der Begriff „Lebensleistungsrente“ ist aber nicht nur deshalb eine Verhöhnung der von Altersarmut bedrohten Menschen in diesem Land. Gerade mal auf 10 bis 15 Euro über dem Niveau der Grundsicherung im Alter sollen die Rentenansprüche maximal aufgestockt werden. Die meisten werden deshalb weiterhin zum Sozialamt gehen müssen. Außerdem geht es nicht um einen individuellen Anspruch, Partnereinkommen sollen angerechnet werden.

Selbst dieses zynische „Reförmchen“ könnte aber noch dem Koalitionsstreit zum Opfer fallen. Beim Kampf gegen Niedriglöhne hat die Union vor der FDP ohnehin bereits seit langem die Waffen gestreckt. Und auch bei den Kindererziehungszeiten in der Rente, die gerade älteren Frauen helfen würden, kuscht sie vor dem Koalitionspartner und dem Finanzminister. An der Rente erst ab 67 will die Bundesregierung auf Biegen und Brechen fest halten, obwohl nur 14,4 Prozent der 64-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind und bereits heute die Hälfte der Neurentnerinnen und -rentner lebenslange Abschläge in Kauf nehmen muss. Die im Koalitionsvertrag versprochene Angleichung der Ost-Rente hat sie vor einiger Zeit abgesagt.

Bei der SPD lassen sich zwar erste Zweifel am bisherigen, ursprünglich von ihr eingeschlagenen Kurs fest stellen. Sie zieht aber nach wie vor nicht die notwendigen Konsequenzen. Mit ihrem kürzlich verabschiedeten Rentenkonzept will sie eine Stabilisierung des Rentenniveaus auf dem derzeitigen Stand erreichen. Dies soll aber nicht durch Eingriffe in die Rentenanpassungsformel geschehen, sondern durch die Bekämpfung von

Erwerbsarmut und die Steigerung der Beschäftigung. So notwendig beides ist, die Stabilisierung des Rentenniveaus allein auf diesem Weg erreichen zu können, ist angesichts der demografischen Entwicklung völlig unrealistisch. Wer das Rentenniveau stabilisieren will, muss an die Renten Anpassungsformel ran und die Kürzungsfaktoren streichen. Und dies nicht erst 2020, sondern sofort!

Auch in einem anderen Punkt ist die SPD nicht bereit, aus ihren Fehlern zu lernen: Sie rudert zwar bei der Riester-Rente zurück, will aber stattdessen mit den Betriebsrenten eine andere Form der kapitalgedeckten Altersvorsorge stärken. Damit setzt sie weiter auf das falsche Pferd der Kapitaldeckung, das sich in der Krise als lahmer und magerer Gaul erwiesen hat, statt konsequent das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken.

Bei ihrer „Solidar-Rente“ gibt es einen ähnlichen Haken wie beim Regierungsvorschlag: Viele von Altersarmut Bedrohte – gerade Frauen – werden die Voraussetzungen dafür (30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahre) nicht erfüllen. Außerdem soll die Solidarrente in der Grundsicherung angesiedelt werden – quasi als „Sozialhilfe de luxe“. Damit ist sie aber ebenso wie die Sozialhilfe streng bedürftigkeitsgeprüft, was - wie jetzt schon bei der Grundsicherung im Alter - viele abschrecken und die Dunkelziffer der Altersarmut nach oben treiben dürfte.

Bei der Rente erst ab 67 hat sich die SPD-Führung erst auf massiven Druck ihrer Parteilinken bewegt und einen alten Parteitagebeschluss bestätigt. Nach dem soll die Rente erst ab 67 ausgesetzt werden, bis wenigstens 50 Prozent der 60-64-Jährigen in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung sind. Auch sollen Beschäftigte mit 45 Versicherungsjahren mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Hier – wie bei den Erwerbsminderungsrenten – nimmt die SPD gewerkschaftliche Forderungen auf, um diese im Wahlkampf an sich zu binden. Nach der Wahl kann sie sich diese von der Union (oder den Grünen, die hier ebenfalls bereits Widerspruch angemeldet haben) aber ebenso bereitwillig wieder abhandeln lassen. Eine Aussetzung der Rente erst ab 67 wäre außerdem nur ein erster Schritt. Denn auch wenn 50 Prozent der Versicherten im rentennahen Alter sozialversicherungspflichtig beschäftigt wären (derzeit sind es nicht einmal 30 Prozent), würde die andere Hälfte doch weiterhin von den negativen Auswirkungen einer Anhebung des Rentenalters betroffen bleiben. DIE LINKE bleibt deshalb dabei: Die Rente erst ab 67 muss weg – ohne Wenn und Aber!

Damit ist klar: Egal in welcher politischen Konstellation - es braucht weiterhin massiven Druck von LINKS, damit es in der Rentenpolitik zu einem Richtungswechsel kommt. Unser Angebot für einen rot-rot-grünen Politikwechsel steht ebenfalls, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Auch und gerade in der Rentenpolitik gibt es hierfür programmatische Schnittmengen. DIE LINKE ist mit ihrem Rentenkonzept damit für alle Eventualitäten der kommenden Bundestagswahl gut aufgestellt und sollte entsprechend offensiv mit den entwickelten Positionen in den Wahlkampf gehen.

Unsere Eckpunkte für gute Renten für ein gutes Leben im Alter

Zentral ist dabei weiterhin die Niveaufrage: Die in der Hegemonie entstandenen Risse müssen argumentativ verbreitert werden. Wir müssen den Menschen zeigen, dass die Wiederherstellung der Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rente machbar, bezahlbar und in ihrem Interesse ist. Dass ein Festhalten an der kapitalgedeckten Altersvorsorge sie teuer zu stehen kommt und nur den Versicherungsunternehmen und den Arbeitgeber_innen nützt. Dass es möglich ist, das Rentenniveau wieder anzuheben, so dass Menschen, die lange Jahre Beiträge zahlen, auch ohne Zusatzvorsorge auskömmliche Renten bekommen. Dass auch weiterhin ein abschlagsfreies Rentenalter mit 65 Jahren und flexible Ausstiegsmöglichkeiten davor bezahlbar sind. Dass die ungerechten Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abgeschafft werden können. Die Umsetzung dieser Forderungen würde schon viel im Kampf gegen Altersarmut bringen.

Werben sollten wir auch für einen weiteren Eckpfeiler unseres Rentenkonzepts: Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen, Selbständigen, Beamt_innen und Politiker_innen, Erziehenden, Pflegenden und Erwerbslosen in eine solidarische Rentenversicherung für alle. Dadurch wird nicht nur allen der Zugang zu kollektiver sozialer Absicherung eröffnet, sondern auch die Solidargemeinschaft gestärkt. Gerade hierfür gibt es in der Bevölkerung einen Resonanzboden. Zu diskutieren wäre, ob auch die Rentenversicherung wie die Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürger_innenversicherung ausgebaut werden soll.

52

Dass die Angleichung der Ostrenten an das Westniveau, für die wir seit mehr als zwei Jahrzehnten kämpfen, im Wahlkampf gerade nach der Absage der Koalition ganz oben auf unserer Agenda steht, versteht sich von selbst.

Ebenso, dass wir weiter für gute Arbeit kämpfen, weil die Beschäftigten nicht nur während ihres Erwerbsleben, sondern auch im Alter gut leben sollen. Dafür brauchen wir dringend einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro in der Stunde und die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Die entschiedene Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist hierfür ebenfalls zentral, damit es Müttern und Vätern, die für die Erziehungsarbeit beruflich zurückstecken, gelingt, ausreichende eigene Ansprüche auf eine gute Rente zu erwerben.

Wir waren die ersten und sind nach wie vor die Einzigen, die dem Kampf gegen Altersarmut in der Rentenpolitik den Stellenwert einräumen, der ihm gebührt. Wir wollen den Solidarausgleich in der Rente so stärken, dass auch Unterbrechungen der Erwerbsbiografie nicht zu Armutsrenten führen. Dazu wollen wir drei Jahre Kindererziehungszeit unabhängig vom Geburtsdatum des Kindes bei der Rente anerkennen, die Zeiten von Ausbildung und Pflege besser bewerten, für Langzeiterwerbslose wieder Beiträge zur Rentenversicherung einführen und Zeiten geringen Verdienstes durch die Rente nach Mindestentgeltpunkten dauerhaft hochwerten. Gerade letztere würde zusammen mit einem Mindestlohn von 10 Euro viele aus der Altersarmut heraus bringen.

Für all diejenigen, für die diese Maßnahmen nicht ausreichen, um auf eine Rente jenseits der Armutsgrenze zu kommen, wollen wir eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro einführen. Diese ist zwar bedürftigkeitsgeprüft, wobei zu diskutieren wäre, ob nicht die Vermögensprüfung entfallen könnte. Sie ist aber nicht von Beitrags- oder Versicherungsjahren abhängig, so dass jede und jeder, deren/dessen Einkommen zu niedrig ist, Anspruch darauf erhält. Damit haben wir eine Antwort gerade für diejenigen, die an den hohen Hürden, die die anderen Parteien vor ihre Altersarmutsbekämpfung stellen, zu scheitern drohen. Unsere solidarische Mindestrente ist das universelle Versprechen, niemanden im Alter in Armut fallen zu lassen.

Das Konzept – der Dreiklang aus Armutsvermeidung durch Mindestrente, Lebensstandardsicherung und Stärkung des Solidarausgleichs - steht. Es gilt nun, unsere Eckpunkte in gut vermittelbare Botschaften zu übersetzen und breit für den Richtungswechsel in der Rentenpolitik zu werben. Denn dieser ist nur mit einer starken LINKEN zu haben. ▶

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

53



Andreas Wehr:
Die Europäische Union

Basiswissen Politik/
Geschichte/Ökonomie

Pocketformat | 134 Seiten
978-3-89438-498-2
9,90 Euro



Lucas Zeise:
Euroland wird abgebrannt
Profiteure, Opfer,
Alternativen

Paperback | 142 Seiten
978-3-89438-483-8
11,90 Euro

Die EU – ein fragiles Bündnis. In ihm dominiert das Machtstreben der großen Mitgliedsstaaten, unter denen Deutschland den Ton angibt. Das Ziel, zum »wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum« zu werden, hat sie bisher nicht erreicht. So besteht ihre Entwicklung derzeit in Rückschlägen.

Lucas Zeise gibt dem Euro keine Chance mehr. In seinem Wegweiser durch die Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise begründet er, weshalb nur ein einheitlicher gesamteuropäischer Schuldenschnitt und eine radikale Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten Abhilfe versprechen.

Tel. (0221) 44 85 45 | Fax (0221) 44 43 05 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Gleiche soziale Rechte in Ost wie West – eine Aufgabe für eine gesamtdeutsche LINKE

Beim Kampf um gleiche Rechte in Ost wie West geht es darum, gemeinsam der Abwärtsspirale nach unten in Gesamtdeutschland entgegen zu treten.

Sabine Zimmermann

54



Die Partei DIE LINKE steht mit der Bundestagswahl 2013 vor einer großen Herausforderung. Gut drei Jahre nach dem fulminanten Wahlergebnis von 11,9 % hat sich in der Partei Ernüchterung breit gemacht. Zwar beginnt sich die Partei von der Krise 2011/2012 zu erholen. In den Umfragen stehen wir stabil bei 7-8 %, so dass aus heutiger Sicht der erneute Einzug in den Bundestag klappen müsste. Viele stellen sich jedoch die Frage, ob und wie DIE LINKE in die Erfolgsspur zurückfinden kann.

Kernbestandteil des Wahlerfolgs 2009 war die große Erwartung an DIE LINKE in der Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die SPD hatte in ihren Regierungsjahren hier einen großen Bruch vollzogen, mit der Agenda 2010 den Abriss des Sozialstaates in einem bisher unbekanntem Ausmaß begonnen und ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften deutlich verschlechtert. DIE LINKE stieß in ein Vakuum, das die SPD hinterlassen hatte und war selbst ein Produkt der Entfremdung der sozialdemokratischen Partei von ihrer Anhängerschaft.

Bis heute stellt die Frage der sozialen Gerechtigkeit einen Markenkern der LINKEN dar. Gleichwohl sind die Erwartungen an die Partei, in diesem Punkt eine zentrale Rolle zu spielen, gesunken. Das liegt nicht nur daran, dass die SPD nach elf Regierungsjahren in punkto sozialer Gerechtigkeit programmatisch in dem ein oder anderen Punkt eine Linkswende vollzogen hat. Es spielt ebenso eine Rolle, dass DIE LINKE die selbst gehegten Erwartungen „Links wirkt“ nicht erfüllen konnte. Billigjobs breiten sich weiter aus, Altersarmut droht.

Besonderer linker Handlungsbedarf im Osten?

Betrachtet man die Entwicklung in den neuen und alten Bundesländern, stechen sofort fortbestehende Unterschiede ins Auge. Noch immer liegt das Lohnniveau im Osten deutlich unter dem im Westen. 21 Jahre nach der Wende verdienen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den neuen Bundesländern im Schnitt 17% weniger als in den alten, in einzelnen Berufsgruppen sogar bis zu einem Drittel. Zieht man die offizielle Niedriglohngrenze heran, die laut Statistischem Bundesamt bei einem Stundenlohn von 10,36 Euro liegt, so arbeitet im Westen etwa jeder siebte zu Niedriglöhnen (18%), im Osten ist es jeder Dritte (36,8%). Noch immer liegt die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern mit 10,8% über derjenigen der alten Bundesländer mit 5,8% (Stand: Dezember 2012 laut Bundesagentur für Arbeit).

Zu diesen strukturellen Unterschieden kommt noch eine systematische Ungleichbehandlung in einzelnen Bereichen wie der Rente, wo weiterhin die Arbeitsleistung in Ost und West ungleich gewertet wird.

So klar einem diese bestehenden Unterschiede ins Auge springen, so falsch wäre es daraus ein besonderes sozialpolitisches Programm für den Osten zu entwerfen. Unserer Slogan muss vielmehr lauten: Kampf um gleiche soziale Rechte in Ost und West!

Tatsächlich musste der Osten als ein Experimentierfeld für den Abbau sozialer Rechte erhalten. Schaut man in die strukturschwachen, deindustrialisierten Regionen in Nordrhein-Westfalen oder Norddeutschland, zeigen sich ähnliche Problemlagen wie in weiten Teilen der neuen Bundesländer. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass es in Ost wie West ein gemeinsames Interesse geben muss, soziale Rechte zu verteidigen

und auszubauen. Einer allein für sich kann nicht gewinnen. Nachdem es den Arbeitgebern in den 1990er Jahren gelungen war, die Flächentarifverträge in den neuen Bundesländern sturmreif zu schießen, gingen sie dazu über, diese Praktiken auch in den alten Bundesländern anzuwenden. Auf der anderen Seite scheiterten die Anti-Hartz-Proteste 2004 auch daran, dass es nicht gelang, die Bewegung in der Breite in den Westen und in die dort viel stärkeren Gewerkschaften auszuweiten.

Das potentiell bestehende gemeinsame Interesse muss sich auch in den Forderungen und der Strategie der LINKEN wieder finden. Wir brauchen Antworten, die die gemeinsame Problemlage in Ost wie West aufgreifen. Es liegt in der Natur der Sache, dass der Gebrauchswert unserer Forderungen desto höher ist, je größer das Problem ist, gegen das er sich richtet. In der Regel bedeutet dies, dass insbesondere der Osten davon profitieren würde.

Stichwort Mindestlohn und gute Löhne

Von einem Mindestlohn, der seinen Namen verdient und mindestens 10 Euro beträgt, würden anteilig übermäßig stark Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den neuen Bundesländern profitieren. Vor allem aber sollten wir deutlich machen, dass der Mindestlohn für uns nur eine untere Haltelinie ist, um die Rutschbahn der Löhne nach unten zu stoppen. Unser Ziel ist, diesen Trend umzukehren. Ein Hauptgrund für die schlechte Lohnentwicklung ist die abnehmende Tarifbindung. Auch hier wurde der Osten zum Experimentierfeld. Nur noch 37 % der Beschäftigten in den neuen Bundesländern wurden 2011 nach einem Tarifvertrag bezahlt, 1996 waren es noch 56 % gewesen. Auf diesem Ost-Niveau der 90er Jahre ist inzwischen auch der Westen angekommen (1996: 70%, 2011: 54%). Wir müssen deswegen nachdrücklich die Forderung vertreten, dass bestehende Tarifverträge für alle Beschäftigten leichter allgemeinverbindlich erklärt werden. Das hätte eine enorm positive Wirkung für die Beschäftigten in Ost wie West.

Stichwort Rente


Die unterschiedlichen Löhne in Ost und West ziehen im Alter unweigerlich ungleiche Rentenzahlungen nach sich. Hinzu kommt die ungleichen Rentenwerte zwischen Ost und West. Der aktuelle Rentenwert für Ostdeutsche liegt mit 24,37 Euro weiterhin um 11% unter dem Rentenwert für Westdeutsche mit 27,47 Euro. Das ist nicht hinnehmbar! Es muss gelten: gleiche Rente für gleiche Lebensleistung. Die Angleichung der Ostrenten an das Westniveau ist ein unerfülltes einigungspolitisches Versprechen.

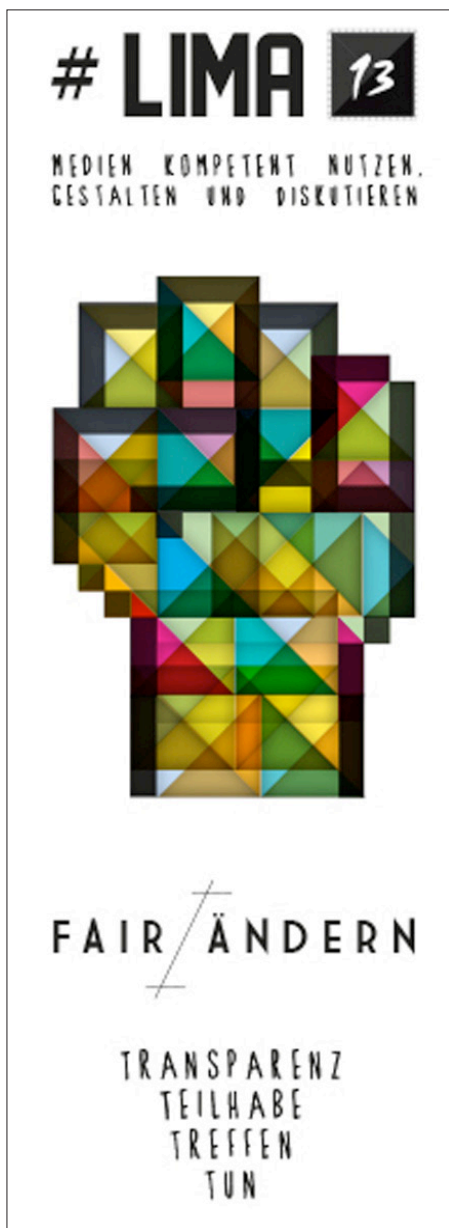
Stichwort Arbeitsmarktpolitik

Seit Jahren werden Rechtsansprüche der Erwerbslosen abgebaut. Mit der Folge, dass Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage gemacht wird. Statt nachhaltig zu qualifizieren und gute Jobs einzufordern, wird oft schnell in prekäre Beschäftigung vermittelt, mit der der oder die Betroffene sich weiterhin in Hartz IV befindet oder schnell darin zurückfällt. DIE LINKE will deshalb die Rechtsansprüche der Erwerbslosen ausbauen. Sie dürfen nicht mehr in Billigjobs gezwungen werden und müssen Ansprüche auf langfristige, teurere Maßnahmen haben. Erst jüngst verurteilte das Mannheimer Sozialgericht eine Arbeits-

agentur wegen „missbräuchlicher“ Rechtsverfolgung, weil sie einen Erwerbslosen lieber in eine Helfertätigkeit vermitteln wollte, als ihm seinen beantragten Gründungszuschuss für eine solide Selbständigkeit zu genehmigen. Fehlende Rechtsansprüche führen auch dazu, dass wichtige Weiterbildungsmaßnahmen auf der Strecke bleiben. So sind im November 2012 gegenüber dem Vorjahr die Teilnehmerzahlen in der beruflichen Weiterbildung um 5% auf 128.202 zurückgegangen, während im selben Zeitraum die Arbeitslosigkeit um 1,4% auf 2.751.480 stieg.

Bundestagswahl als Volksabstimmung über soziale Gerechtigkeit

Schon diese knappe Übersicht zeigt: Es geht beim Kampf um gleiche Rechte in Ost wie West darum, gemeinsam der Abwärtsspirale nach unten in Gesamtdeutschland entgegen zu treten. Wir sind als LINKE mit unseren Forderungen gut ausgestattet. Nun muss es darum gehen, den Wahlkampf zur Abstimmung über konkrete Fragen sozialer Gerechtigkeit wie etwa Mindestlohn oder Rente zu machen. Das Linksblinken der SPD bei einigen Themen macht uns diese Aufgabe nicht leichter. Aber die Erfahrungen zeigen auch: dort wo sich DIE LINKE aktiv einbringt, in soziale Auseinandersetzungen und Bewegungen wie Blockupy oder das „Umfairteilen-Bündnis“, können wir unsere bessere Politik im Unterschied zur SPD unter Beweis stellen. In diesem Sinne sind wir gefordert – in Ost wie West. 



Kommentar

Ein weites Feld für linke Alternativen

Was sind heute überzeugende Alternativen, sich bei Wahlen für die LINKE zu entscheiden?

Alfred Spieler



DIE LINKE hat insbesondere im Bundestag eine umfangreiche Arbeit zu sozialen Themen geleistet. Sie erzeugte gesellschaftlichen Druck zur Lösung dringender Probleme. Das reicht vom gesetzlichen Mindestlohn bis hin zur Bekämpfung von Altersarmut. Das Paradoxe daran ist, dass jetzt andere Parteien, die ein gerüttelt Maß an Verantwortung für die Vertiefung der sozialen Spaltung im Lande tragen, das Thema

soziale Gerechtigkeit für sich entdecken und nun auch massiv besetzen. Das reicht von Versprechungen, die kaum etwas wert sind, bis hin zu ernsthaften Konzepten für Änderungen in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik und Rente. Da scheint der Raum für eigenständige Profilierung für DIE LINKE eng zu werden. Das sollte jedoch kein Grund sein, sich schimpfend in die Schmollecke zurückzuziehen.

Es ist völlig richtig, wieder den Zusammenhang „Gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente“ in einem Wahlprogramm zu entwickeln. Das ist und bleibt ein wichtiges Markenzeichen der LINKEN und ein verbindendes Element zu den Interessenlagen junger Menschen, die oft trotz guter Ausbildung keinen Weg in ein sozial gesichertes Beschäftigungsverhältnis finden, von prekär Beschäftigten und Niedriglöhnern, von Erwerbslosen, von Rentnerinnen und Rentnern.

Ein wichtiger Punkt bleibt die gerechtere Verteilung gesellschaftlichen Reichtums. Selbst der erste Entwurf des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung hat trotz Lücken und schöngefärbter Darstellungen die zunehmende soziale Spaltung der Gesell-

schaft verdeutlicht. Die Umverteilung von unten nach oben zu beenden und umzukehren, ist bei der heutigen Machtverteilung schwierig. Nicht zuletzt, weil auch die Eurokrise dazu genutzt wird, die Vermögenspositionen der großen Vermögen zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit zu sichern. In der Gesellschaft artikuliert sich jedoch ein zunehmendes Unbehagen über die ungerechte Verteilung in einem der reichsten Länder der Welt.

Von der Wiege bis zur Bahre: Konkrete linke Alternativen anbieten!

Hier müssen linke Alternativen ansetzen, die die Primärverteilung ebenso im Blick haben wie die Umverteilung durch staatliches Handeln. Große Vermögen und Erbschaften sowie Spitzenverdiener stärker zu besteuern, ist dabei nur eine Seite der Medaille. Die andere ist eine nachhaltige Finanzierung des Sozialstaats. Da geht es um konkrete Fragen der Daseinsvorsorge, die in erster Linie vor Ort, in den Kommunen geleistet werden muss. Angefangen bei der Sicherung der frühkindlichen Bildung und Erziehung, der Kinder- und Jugendhilfe, der Zuschüsse für gesellschaftlich notwendige soziale Ausgleichsmaßnahmen bei Gesundheit und Rente, bis hin zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums durch höhere Regelsätze in der Grundsicherung und einer besseren Finanzierung für eine menschenwürdige Pflege.

Gerade die Pflege ist ein herausragendes Beispiel dafür, wie die Absicherung großer Lebensrisiken sozial gerechter finanziert und organisiert werden muss. Eine solidarische Bürgerversicherung bei Gesundheit und Pflege ist eine Alternative, die von einer großen Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt wird. Denn sie würde dazu beitragen, dass viele Ängste abgebaut werden könnten, die Pflege von Angehörigen nicht bewältigen zu können oder selbst pflegebedürftig zu werden. Zunehmend entstehen solche Ängste wegen unzureichender Leistungen, weil die Pflegeversicherung in den neunziger Jahren als „Teilkasko“-Versicherung eingeführt wurde. Wichtige Pflegebedarfe werden heute nicht abgedeckt – vor allem zu Lasten von Menschen mit demenziellen Erkrankungen, seelischen oder psychischen Beeinträchtigungen sowie von pflegenden Angehörigen. Zu viele fallen im heutigen Pflegesystem buchstäblich durch den Rost. Betroffen sind Millionen von Menschen. Die jetzt eingeführte staatliche Förderung einer privaten Absicherung des Pflegerisikos ist ein Türöffner für große Versicherungskonzerne. Vor allem geht sie aber an den realen Bedürfnissen der Betroffenen meilenweit vorbei.

Es geht nicht nur um eine solidarische Finanzierung. Solidarität heißt auch, für die Pflege mehr Zeit zur Verfügung zu stellen. Pflegenden Angehörige haben keinen Rechtsanspruch auf eine bezahlte Familienpflegezeit. Sie leisten zu einem großen Teil unbezahlte Arbeit – oft bis an die Grenze ihres physischen und psychischen Leistungsvermögens. Das muss sich dringend ändern. Zugleich reicht in vielen Pflegeheimen das Fachpersonal nicht aus, weil lange Zeit zu wenig ausgebildet wurde. Bezahlung und berufliche Aufstiegschancen sind immer noch unzureichend, um die Pflegeberufe attraktiver zu machen. Alles in allem große Herausforderungen, um eine menschenwürdige Pflege in einer älter werdenden Gesellschaft solidarisch zu gewährleisten. Dabei geht es sehr wohl um Zukunft, aber ebenso um die Alltagsorgen der Menschen. Ein weites Feld für linke Alternativen. ▽

Regionalkonferenzen zum Bundestagswahlprogramm

Aufruf zur Teilnahme

Ende Januar wurde der erste Wahlprogrammewurf unserer Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Rixinger an die Mitglieder des Parteivorstandes verschickt. Dieser erste Entwurf enthält schon viele Hinweise von Bündnispartner/innen, Gliederungen und Einzelpersonen die sich im Rahmen der Vordebatte zum „besten Wahlprogramm aller Parteien“ beteiligt haben. In der zweiten Februarhälfte wird vom Parteivorstand eine neue Fassung veröffentlicht und zur breiten Diskussion gestellt.

Im Rahmen der Diskussion zum Bundestagswahlprogramm 2013 der Partei DIE LINKE werden fünf Regionalkonferenzen durchgeführt.

Wir rufen alle Mitglieder und Unterstützer/innen der LINKEN auf, sich aktiv mit unseren Forderungen an den Konferenzen in der jeweiligen Region zu beteiligen.



- Nord** 2. März 2013 11-16 Uhr **Lübeck**, Clousters, Braunstraße 1-3, 23552 Lübeck
Vertreter des GfPV: Jan van Aken
- Ost** 9. März 2013 11-16 Uhr **Berlin**, IG Metall Haus, Alte Jakobstr. 149, 10969 Berlin
Vertreterin des GfPV: Katja Kipping
- Süd** 10. März 2013 11-16 Uhr **Nürnberg**, Villa Leon, Philipp-Körber-Weg 1, 90439 Nürnberg
Vertreter des GfPV: Bernd Rixinger
- Südwest** 17. März 2013 11-16 Uhr **Frankfurt/Main**, Gewerkschaftshaus,
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main
Vertreter des GfPV: Bernd Rixinger
- West** 23. März 2013 11-16 Uhr **Dortmund**, Reinoldinum, Schwanenwall 34, 44135 Dortmund
Vertreter des GfPV: Jan van Aken



Arabische Revolution. Aufstieg, Niedergang und Sturz des säkularen arabischen Nationalismus

Der arabische Nationalismus versagte zwar historisch, aber trotz Versagens leitete er die Modernisierung der arabischen Welt ein. Ein Projekt, das die arabische Linke verteidigte und das auf demokratisierter Grundlage bis heute das Projekt der arabischen Linken ist.

Harri Grünberg



Am südlichen Ufer des Mittelmeeres erstreckt sich von Marokko bis zum Irak am Persischen Golf die arabische Welt. Links blickt sie auf den Atlantik, rechts auf den Indischen Ozean. Sie ist so groß wie die USA und beherbergt annähernd 350 Millionen Menschen, ein Konglomerat arabisierter und islamisierter Ethnien einschließlich vieler nationaler und religiöser Minderheiten. Ihre Naturressourcen, Öl, Uran, Gas ihre geostrategische Lage und die potentielle Größe eines bisher unterentwickelten kapitalistischen Marktes, machen die arabische Welt zur Projektionsfläche imperialistischer Begehrlichkeiten. Seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation sind die imperialistischen Mächte USA und EU darum bemüht, infolge der antikolonialen Kämpfe arabischer Völker verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Der sog. „arabische Frühling“ der mit den Massenbewegungen und dem Sturz der Diktatoren in Tunis und am Nil begann, sorgte im Westen bei imperialen Mächten für Alarmstimmung, bietet ihnen aber zugleich auch die Chance, den Nahen Osten im Sinne ihrer Interessen neu zu ordnen. Was mit der militärischen Besetzung des Erdöl reichen Irak begonnen wurde und in Libyen seine Fortsetzung fand, soll im geostrategisch bedeutsamen Syrien vollendet werden: Der Sturz dem Westen nicht höriger arabisch-nationalistischer Regime.

Der arabische Nationalismus versagte zwar historisch: Er wollte die arabische Welt aus der Unterentwicklung herausführen und sie von der Abhängigkeit der imperialen Mächte befreien. Seine Gegner waren Monarchien, die Landaristokratie sowie die städtische Kompradorenbourgeoisie, die jeweils mit den alten Kolonialmächten paktierten und die Länder in der Abhängigkeit beließen. Aber trotz Versagens brachte der arabische Nationalismus den Arabern wichtige Neuerungen. Er leitete die Modernisierung der arabischen Welt ein. Es war ein Projekt, das auch die arabische Linke verteidigte. Auf einer demokratisierten Grundlage bleibt sie auch heute noch das Projekt der arabischen Linken.

Fall und Wiederaufstieg der „arabischen Welt“

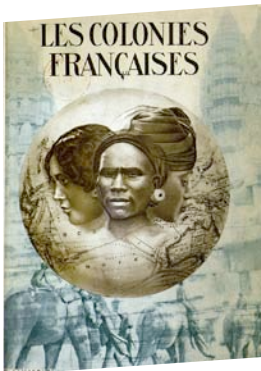
Nach einem rasanten Aufstieg im frühen Mittelalter zerfällt die arabische Welt unter dem Ansturm der Mongolen. In dem von den Turkvölkern gelenkten Osmanischen Reich löst sich ihre Staatlichkeit auf. Die Araber verlieren ihre Handwerker, Gewerke, Künstler. Die Araber verlieren ebenso die Kontrolle über den Fern- und den Seehandel, den sie zuvor weitgehend monopolisiert hatten, und sie verlieren Andalusien mit seinen bedeutsamen Produktionsstätten, die zu den fortschrittlichsten im Mittelalter gehörten. Während Europa mit der Renaissance aufblüht, verliert nach den Arabern ab dem 16. Jahrhundert das gesamte Osmanische Reich den Anschluss an Aufklärung und Entwicklung.

Doch zu Beginn des 19. Jahrhunderts wacht Arabien auf. Kairo, Beirut und Damaskus werden zu Zentren eines beispiellosen intellektuellen Aufschwungs. Nach mehreren hundert Jahren der „Geschichtslosigkeit“¹, kehrt die arabische Welt auf die Bühne des Weltgeschehens zurück. Die Übersetzung zahlreicher europäischer Werke eröffnet ihr den Anschluss an die Moderne, gibt Impulse für ein eigenes kreatives Schaffen. Angestoßen

¹ Burhan Galioun, Estado contra nacion, la crisis del mundo arabe (1), Fuente Instituto de Estudios Politicos para America Latina y Africa.

durch den Siegeszug des europäischen Nationalstaatsgedankens, wie er in der Einigung Italiens unter Garibaldi zum Ausdruck kommt oder in der von Bismarck geförderten deutschen Reichgründung, entwickeln die Träger des arabischen Wiedererwachens ein Verständnis für Nation, Nationalismus, Freiheit, Vaterland, Gleichheit, Verfassungsstaat und moderne Gesetzgebung. Das ist ein Kulturbruch von der islamischen Umma als Gemeinschaft aller Muslime hin zu der europäisch-westlichen Idee einer säkular begründeten Nation.

Die Machtübernahme der Jungtürken erschüttert Anfang Neunzehnhundert das Osmanische Reich. Unter Atatürk öffnen sie sich dem Westen und entwickeln einen aggressiven großtürkischen Nationalismus als Kern einer türkischen Identität, die zuvor genauso gering ausgeprägt war wie die arabische. Die Geburtsstunde des arabischen Nationalismus ist die panarabische Konferenz am 18. Juni 1913 in Paris mit den wichtigsten Fraktionen der arabischen Bewegung. Enttäuscht von den Jungtürken, die sie als antireligiöse Reformer erleben, verlassen auch die arabisch-islamistischen Organisationen ihre bisherige Linie einer Reform des Osmanischen Reichs und gehen über zur Forderung nach Unabhängigkeit der arabischen Völker. Obwohl in Paris alle, säkulare und islamistische Nationalisten, für die Eigenstaatlichkeit gestimmt hatten, verschärft sich der Konflikt zwischen beiden Strömungen. Auf der einen Seite der politische Islamismus, Vorläufer der heutigen Muslimbrüder, der in den Vordergrund stellt: Arabisch ist die Sprache des Islam und somit seine wahre Quelle. Sie fordern einen modernisierten religiösen Staat, der alle muslimischen Länder unter arabischer Leitung vereinigt, „damit die islamische Welt ihre Größe und ihre Reinheit wiedererlangen kann.“² Auf der anderen Seite der säkulare Nationalismus, auf dem später der arabische „Sozialismus“ aufbauen wird, der statt in Religion und Ethnie die Sprache und die in dieser Sprache ausgedrückte Kultur als das alle Araber einigende Band versteht. Unabhängig von ihren Grenzverläufen, die vielfach willkürlich von außen festgelegt wurden, sollten sich alle arabischen Staaten in einer Nation wiederfinden.



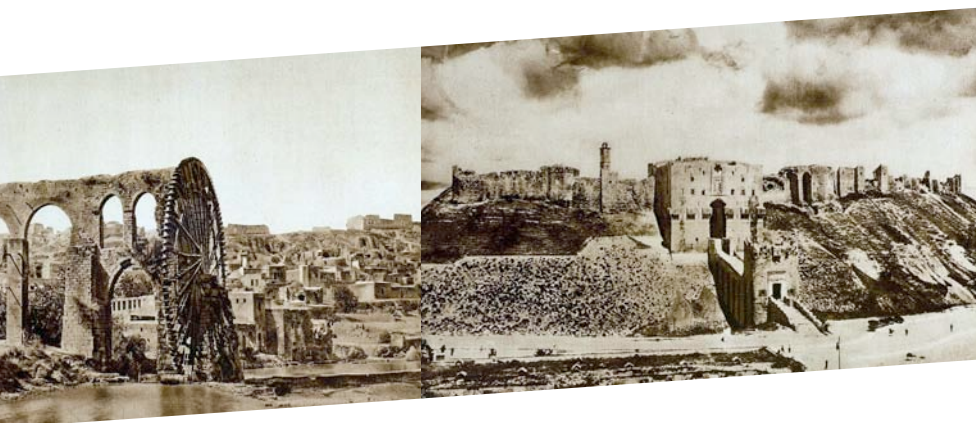
² ebd.

Aufstieg des Panarabischen Nationalismus

Die arabische Welt erlebt im 19. und 20. Jahrhundert stürmische antikoloniale Kämpfe. Islamistisch inspiriert waren sie alle. So in Algerien die Erhebung von Ibn Badis gegen die französische Eroberung; in Tunis, wo Hamad El-Senusi den Franzosen Gegenwehr leistete; oder der Widerstand des legendären Mahdi, Mahdi Muhammad Ahmad Ibn Abdallah, im Sudan gegen die Briten. Im Riff-Gebirge Marokkos setzt sich der Kampf unter arabisch- islamistischer Flagge unter Abd El Krim bis in das 20. Jahrhundert fort. 1924/25 findet die Kommunistische Internationale ihren ersten bedeutenden Verbündeten aus der arabischen Welt in Abd el-Krim.³ „Ho Chi Minh nannte Abd el-Krim einen ‚nationalen Helden, einen Vorläufer des Volkskriegs‘.

Als die Vietnamesen in ihrem Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich nach Ende des Zweiten Weltkriegs sahen, dass Frankreich eine große Zahl Marokkaner unter seinen Kolonialsoldaten in Vietnam einsetzte, wandte sich Ho Chi Minh an Abd el-Krim, der nach der Niederlage gegen die Franzosen in Kairo lebte. Dieser erließ daraufhin einen Aufruf, dem nicht wenige seiner Landsleute folgten, indem sie auf dem Weg nach Vietnam in Suez desertierten. In seinem Aufruf betonte er, dass der Kampf gegen den Kolonialismus unteilbar sei.⁴ Eine besondere Rolle spielt gerade auch für den Maghreb der zwanzig Jahre andauernde Befreiungskrieg der Libyer gegen die italienische Kolonialmacht.

1916, mitten im ersten Weltkrieg, siegen die Araber mit britischer Unterstützung im Aufstand gegen die Türken. Aber die Briten instrumentalisieren die Araber lediglich. Deren Hoffnungen auf Unabhängigkeit und Bildung eines gemeinsamen, großen, arabischen Staates werden enttäuscht. Vielmehr teilen Großbritannien und Frankreich die arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches untereinander auf.



³ Autor anonym: Ein Grund des Hasses, in: Indymedia, Stand 27.09.2001, <http://de.indymedia.org/2001/09/8083.shtml>; Zugriff: 25.01.2013.

⁴ Ein Grund des Hasses, Indymedia, 2001.

Turbulentes Syrien

Für ganz kurze Zeit errichtet 1920 Faisal I. ein unabhängiges arabisches Königreich Syrien, zu dem der Libanon, Palästina und Jordanien gehören sollte. Nach wenigen Monaten wird er durch eine französische Militärexpedition gestürzt, deren Truppen besetzen das Land. Auf der Konferenz von San Remo hatte der Völkerbund Frankreich das Mandat über Syrien, Libanon und die mehrheitlich von Alawiten bewohnte spätere türkische Provinz Hatay übertragen.

Einen einigen syrischen Staat will die französische Regierung verhindern. Sie beabsichtigt eine Aufteilung Syriens in sechs Staaten entlang religiöser und konfessioneller Linien. Die arabischen Nationalisten hingegen fordern ein Groß-Syrien, bestehend aus Syrien, Libanon, Palästina. Mitte 1925 erhebt sich die Bevölkerung gegen die französischen Teilungspläne. Drusen, Alawiten, Sunniten, sie alle kämpfen gemeinsam um den Erhalt des syrischen Staates. Frankreich muss schließlich dem wachsenden inneren und äußeren Druck nachgeben, alle von ihm dominierten Gebiete mit Ausnahme Libanons werden zu einem gemeinsamen Staat Syrien unter ihrem Mandat.

Im Zweiten Weltkrieg vertreiben Truppen des freien Frankreichs unter Charles De Gaulle mit britischer Hilfe die Besatzer des französischen Vichy-Regimes aus Syrien. Sie erklären zwar die syrische Unabhängigkeit, doch sie halten das Land weiterhin besetzt. Wieder gibt es einen Aufstand. Am 15. April 1946 verlassen die letzten französischen Soldaten das Land.

Syrien wird zu einem Zentrum des republikanischen Panarabismus. In dieser Zeit verlieren in Syrien die Muslimbrüder rasant an Einfluss, etlichen ihrer führenden Persönlichkeiten wird die Kollaboration mit der ehemaligen französischen Kolonialmacht nachgesagt. Die Muslimbrüder hatten sich in den zwanziger Jahren in Ägypten als Rammbock gegen die sich entwickelnde Arbeiterbewegung gegründet. Sie sind erklärte Gegner des Kommunismus, darin unterstützt sie die britische Kolonialregierung, während ihre säkular nationalistischen und linken Gegner wachsen. In Ägypten entwickeln sich sozialistische, kommunistische und gar eine bedeutende trotzkistische Bewegung.⁵ Sie sind Motor des antikolonialen Kampfes.

Der arabische Sozialismus und sein Scheitern

Ein viel tiefer gehender, radikaler Umbruch geht von Ägypten aus. Er ist mit dem Namen von Gamal Abdel Nasser verbunden und nährt auch in Syrien die Hoffnung auf einen gemeinsamen arabischen Staat. Was mit Nassers Machtübernahme 1954 beginnt und sich ein Jahr später nach der Bandung-Konferenz⁶, der ersten Konferenz der blockfreien

⁵ Mit Hammer und Sichel gegen Kreuz und Halbmond - Kommunismus und Religion, Stephen Schwartz: in Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, 2009, S.134.

⁶ Im indonesischen Bandung treffen sich vom 18.-24. April 1955 die unabhängigen afrikanischen und asiatischen Staaten, mit Ausnahme Israels, Koreas und Südafrikas, zu ihrer ersten Konferenz. 23 asiatische und sechs afrikanische Staaten nehmen teil, in ihnen lebt über die Hälfte der Weltbevölkerung. Unter Führung des indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru und des chinesischen Regierungschefs Zhou Enlai einigen sie sich auf

Staaten, verstärkt, ist die epochale Emanzipationsbewegung der Länder Asiens, inklusive Chinas. Im arabischen Raum ist es die große Zeit des Panarabismus und der tiefgreifenden sozialen Umwälzungen. Nasser erklärt Ägypten zu einem sozialistischen Land. Diese Vision strahlt auf die ganze Region aus.

Nassers Politik löst die erste Welle der arabischen Revolution aus. Er selbst stürzt 1954 mit einer Gruppe freier Offiziere König Faruk und ergreift die Macht in Kairo. Im gleichen Jahr beginnt die algerische Revolution; Marokko und Tunesien gewinnen die staatliche Unabhängigkeit. In Jordanien gefährden große Demonstrationen gegen das Regime von König Hussein ernsthaft seine Macht. König Abdullah, Vater von Hussein, wird von arabischen Nationalisten ermordet. In Saudi-Arabien destabilisieren soziale Auseinandersetzungen und Putschversuche das Königshaus. 1958 bilden Syrien und Ägypten die „Vereinigte Arabische Republik“ (VAR), ihr Präsident wird Nasser. Im gleichen Jahr stürzen Offiziere die irakische Monarchie. Die damals größte kommunistische Partei des Nahen-Ostens, die KP Iraks, begrüßt diesen Putsch. 1962 kommen im Jemen republikanisch gesinnte Militärs an die Macht. Als Saudi Arabien einen monarchistisch inspirierten Bürgerkrieg gegen sie entfacht, schickt Nasser über 50.000 ägyptische Soldaten, um die republikanische Seite zu unterstützen. In der britischen Kolonie Aden, einem strategischen Brückenkopf der britischen Flotte, intensiviert sich der Unabhängigkeitskampf gegen die Kolonialmacht.

Syrien und Ägypten bleiben Vorreiter des arabischen Nationalismus. Doch im Bund der zwei Staaten dominiert die ägyptische Seite politisch und ökonomisch. Hinzu kommen wirtschaftliche Probleme und der Versuch der ägyptischen Bourgeoisie, Syrien ökonomisch zu kontrollieren. Das löst in Syrien eine große Unzufriedenheit aus. Im September 1961 putschen Offiziere, die der Baath-Partei nahe stehen. Das leitet das Ende der Vereinigten Arabische Republik ein.

Die Baath-Partei

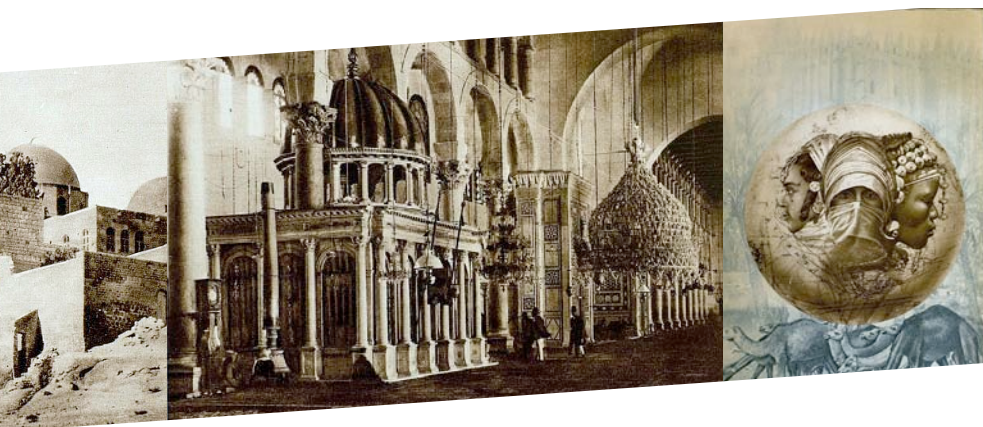
Am 7. April 1947 hatte sich die Baath-Partei gegründet mit Bezug auf das italienische Risorgimento von Giuseppe Mazzini, der, wie Garibaldi, für die Einheit Italiens stritt. Wesentlichen Anteil an der Parteigründung hat der aus einer griechisch-orthodoxen Familie stammende Michel Aflak, Absolvent der Sorbonne Universität in Paris. Die Anhänger der Baath-Bewegung rekrutieren sich zunächst aus dem städtischen Mittelstand. Sie verbinden die arabisch-nationalistische Ideologie mit Vorstellungen der französischen Frühsozialisten. 1952 vereinigt sich die Baath-Partei mit der Sozialistische Arabische Partei von Akram Al-Haurani. Die Sozialistische Partei bringt eine gewerkschaftliche Verankerung in die neue Partei ein, die künftig Baath -Sozialistische Partei der arabischen Wiedergeburt heißt.

eine neutrale Haltung gegenüber Ost und West, um ihre eigene Entwicklung als junge, unabhängige Staaten zu sichern. Die Bandung-Konferenz fordert die Unabhängigkeit für unterdrückte Völker, Sicherung der Menschenrechte, Abrüstung, Verbot von Kernwaffen sowie verstärkte Entwicklungshilfe. Sie ist die erste große Konferenz der Staaten der, wie es damals hieß, „Dritten Welt“ und Keimzelle der zeitweilig starken und einflussreichen Bewegung der Blockfreien.



Die Baath-Partei strebt einen Sozialismus der „dritten Art“ an. Nach und nach übernimmt sie die Auffassungen einer „modernen sozialistischen Gesellschaft“ im Sinne des realen „Sozialismus“ Osteuropas, freilich ohne Klassenkampf und ohne Marxismus. In scharfer Abgrenzung zum Marxismus ist das Credo der Baath-Partei der Arabismus. Er lässt keinen Raum für die Autonomie ethnischer Minderheiten und verwirft den Gedanken der Demokratie. Gleichzeitig versteht er sich als Alternative zum sunnitischen Pan-Islamismus, in dessen Tradition die Muslimbrüder stehen.

Die Baath-Partei wird auch in diversen anderen arabischen Ländern gegründet, bleibt aber marginal - mit Ausnahme des Irak, wo sie 1963 zeitgleich mit Syrien an die Macht kommt. Die Beziehungen beider Parteien sind sehr bald durch Rivalitäten gekennzeichnet. Die irakische Baath-Partei erklärt die mächtige Kommunistische Partei ihres Landes zu ihrem Hauptfeind, verfolgt sie grausam und zerschlägt sie brutal. Auch in Syrien werden die Kommunisten verfolgt, bis sie unter Hafiz Al Assad zusammen mit allen anderen nationalistischen und sozialistischen Parteien in die Nationale Progressive Front integriert werden. Diesen Schritt hatte die Sowjetunion von den syrischen Kommunisten gefordert, auch um sie vor einer Vernichtung wie im Irak zu schützen; faktisch werden dadurch die Kommunisten und alle anderen linksausgerichteten Parteien in Syrien zu einem Satelliten der Baath-Partei. In der Verfassung ist die führende Rolle der Baath-Partei festgeschrieben, erst 2012 wird dieser Passus aus der syrischen Verfassung gestrichen, in der umstrittenen Verfassungsreform, die Bashar Al Assad unter dem Druck der Massenproteste vornimmt und durch ein Referendum bestätigen lässt. Seit dem haben die verschiedenen Fraktionen der syrischen Kommunisten mehr Handlungsspielraum. Die



Kommunisten Syriens so wie andere Linke Kräfte suchen eine demokratisch-patriotische (antiimperialistische, antikoloniale) Lösung der syrischen Krise. Sie kritisieren Assad wegen seiner neo-liberalen Politik und das zögerliche Vorgehen bei der demokratischen Umgestaltung des Landes. Wegen den Ansturm der vom Westen und den Golfstaaten bezahlten Muslimbrüder haben Syriens Kommunisten, sowie die linke Patriotische Front von Jamil Quadri (ein neues Bündnis linker Gruppierungen) beschlossen, eine Koalition mit Assad zu bilden, halten aber eine kritische Position zu ihm aufrecht. Jamil Quadri ist gar stellvertretender Ministerpräsident Syriens. Mit den anderen linken demokratischen Organisationen, die in scharfer Opposition zu Assad stehen, seinen Rücktritt fordern, sich aber gegen eine ausländische Einmischung wenden, befindet sich die syrische „Regierungslinke“ im Dialog, um nach einer patriotischen demokratischen Lösung des syrischen Bürgerkrieges zu suchen.

Arabien im globalen Neoliberalismus

Die Gründe des Scheiterns des arabischen Sozialismus-Nationalismus sind vielfältig. Dabei spielen die westlichen Interventionen nur eine nachgeordnete Rolle. Ursächlich sind laut Samir Amin vor allem die „Unfähigkeit der neuen Regime, eine wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land einzuleiten; zunehmend autoritäre Verhältnisse, begründet mit der Ablehnung der ‚parlamentarischen Demokratie‘, begleitet von einer Disziplinierung der Gewerkschaften, Einparteiensystemen sowie zunehmender Einschränkung der Meinungsfreiheit.“⁷ Hinzu kommt, dass das Ganze, wie Amin anmerkt, von oben verordnet wird, „dem Volk wurde das Recht abgesprochen, sich selbst zu organisieren. Alles politische Leben wurde abgeschafft. Das geschaffene Vakuum lud den politischen Islam ein, es zu füllen.“ Das Ziel der arabischen Einheit wurde nicht mit einer selbstbestimmten

⁷ Samir Amin, Arabischer Frühling, 2011, S.3.

wirtschaftlichen Entwicklung verwoben. Statt mit Hilfe des großen Ölreichtums einen großen arabischen Markt mit regional spezialisierter Arbeitsteilung zu schaffen, verpuffen die ökonomischen Anstrengungen in der Enge des Flaschenhalses unterentwickelter nationaler Märkte und last but not least in der Korruption.

Vom Westen gefordert, wurden auch in Syrien seit 2005 neoliberale „Reformen“ durchgeführt. Die bis dahin weitgehend staatliche Industrie wurde privatisiert. Staatliche Subventionen für Lebensmittel und Benzin wurden beseitigt. Nach Auffassung der syrischen Linken waren diese Maßnahmen neben der politischen Unterdrückung Hauptursache für den Massenaufstand März 2011. Bereits 2005 warnte die Syrische KP Assad vor den Folgen dieser Politik. Die gesellschaftliche Lage Syriens nach der neoliberalen Öffnung der Märkte beschreibt der regierungskritische Ökonomie-Professor Nabil al Samman wie folgt: „Der vorgegaukelte Sozialismus wurde ersetzt durch eine sogenannte soziale Marktwirtschaft, eine Form des monopolistischen Kapitalismus. Die neue vermögende Klasse Syriens raffte mit illegalen Mitteln Milliarden von Dollar zusammen, die syrische Regierung ist aber nicht willens, dies zu verändern. Es gibt nachweislich riesige Unterschiede in den Einkommen und Vermögen zwischen der Generation der extrem vermögenden Neureichen, die sich aus hohen Regierungsbeamten und traditionellen Geschäftsleuten zusammensetzt, einerseits und der armen Klasse andererseits. Die herrschende Baath-Partei hat diesen nichts mehr anzubieten.“⁸

Opposition vs. Islamisten?

In dem Geflecht von maßloser Bereicherung einer schmalen Schicht, sich ausbreitender Armut, Rückzug des Staates aus der Daseinsvorsorge für seine Bürger hat der politische Islam Einfluss gewinnen können. Er ist das direkte Produkt - teils gefördert, teils bekämpft - der gescheiterten Modernisierungsversuche der arabischen Gesellschaften. Der politische Islam wurde und wird immer von den reaktionären arabischen Regimes am Golf unterstützt. Er dient ihnen als Instrument, um den säkularen, republikanischen arabischen Nationalismus, der die dynastischen Regimes der Golfstaaten bedroht, zu bekämpfen.

Soziale Verwerfungen und fehlende Demokratie unter der mehr als fünfzigjährigen Herrschaft der Baath-Partei erklären nicht hinreichend den in Syrien entbrannten Konflikt. Darunter liegt ein alter, schwelender und mehrfach mit Waffengewalt ausgetragener Konflikt zwischen der syrischen Muslimbruderschaft, sie repräsentiert die traditionellen konservativen Kräften der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit, und den säkularen Kräften innerhalb der syrischen Gesellschaft. Obwohl Assad und seine Politik mittlerweile von weiten Teilen der Bevölkerung – vielleicht mehrheitlich – abgelehnt wird, ist unter jenen säkularen Kräften und unter ethnischen und religiösen Minderheiten die Angst vor den Muslimbrüdern so groß, dass sie sich scheuen, die von den Muslimbrüdern dominierte bewaffnete Opposition zu unterstützen.


⁸ Nabi al-Salman, in Syria Today 25.01.2012.

So sagte jüngst die Syrische Oppositionelle Raffif Jouejati, Sprecherin der linken Local Coordination Comitees in einem Interview zur Financial Times Deutschland: „Die Muslimbruderschaft gibt sich sehr viel Mühe moderater zu erscheinen. Aber für mich schließt eine Organisation, die eine religiöse Bruderschaft ist, andere Religionen aus. Und sie ist als Bruderschaft sexistisch. Weil ich an eine säkulare Gesellschaft glaube, traue ich der Muslimbruderschaft nicht“.⁹ Weil die Muslimbrüder die syrische Übergangsregierung kontrollieren, warnt sie folgerichtig davor, den in Katar gebildeten Oppositionsblock als Exilregierung anzuerkennen.

Weder Assad noch Islamisten

Keine der Konfliktparteien kann den Stellvertreterkrieg in Syrien (sunnitisch arabische Regierungen plus Westen gegen Regime plus schiitischen Iran) gewinnen. Es existieren zwei Perspektiven: Sturz von Assad, blutige Vertiefung des Bürgerkrieges, Kollaps des Staatswesens und Instabilität in der entflammten Region oder politische Lösung des Konfliktes.

Die Genfer Erklärung bzw. das Dialogangebot von Assad einschließlich eines möglichen Verzichts auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur müssen ernsthaft geprüft werden: Syrien braucht faire demokratische Wahlen. Der Westen will hingegen die Region kontrollieren und lehnt den Dialog ab. Die Unterstützung gegenüber den neuen Regimen in Ägypten oder Libyen zeigt: Es geht nicht um Menschenrechte.

Die demokratische linke Opposition in Syrien erklärte kürzlich in Genf¹⁰: Die syrische Revolution wurde „entführt aus den Händen ihrer ursprünglichen Führer, sie wurde durch die Diktatur ermordet aber auch von der Konterrevolution“ die von Beginn an Waffen forderte. DIE LINKE muss daher Partei für ein souveränes und demokratisches Syrien ergreifen: Nein zu ausländischer Intervention, weder Assad noch Islamisten plus neuer Imperialismus. 

Der Text ist eine leicht veränderte und gekürzte Fassung eines Beitrages für ein Buch von Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann, welches im Papyrossa-Verlag erscheinen wird.

⁹ Raffif Jouejati, Interview in FTD, 09.11.2012.

¹⁰ Aufruf zu einer Syrienkonferenz der linken demokratischen Opposition am 28. Januar 2013, Media Committee for the Syrian international conference in Geneva.

Syrien. Solidarität mit der Revolution. Nein zu ausländischer Intervention

Es gibt Entwicklungen in Syrien, die unsere Solidarität verdient haben.

Christine Buchholz



Viele Linke stehen der syrischen Revolution kritisch oder ablehnend gegenüber. Zu Unrecht. In fünf Thesen möchte ich argumentieren, dass Solidarität mit der Bewegung und ein Nein zu ausländischer Intervention zusammengehören. Nur so hat eine neue Linke in Syrien eine Chance.

1. Die syrische Bewegung ist Teil des arabischen Frühlings

Wie in Tunesien und Ägypten haben sich viele Menschen in Syrien erhoben, um gegen die Herrschaft eines Clans, Korruption, Repression und soziale Not zu protestieren.

Das Regime versucht bis heute, die Volkserhebung gegen die Assad-Herrschaft als das Werk einzelner bewaffneter Banden darzustellen, die aus dem Ausland gesteuert würden. Das ist eine Karikatur der Wirklichkeit. Die ersten Monate beschränkte sich Bewegung auf friedliche Proteste. Die Forderungen waren vor allem politisch: Freiheit, Demokratie, Würde. Getragen wurden und werden sie vor allem von den unterprivilegierten Teilen der Bevölkerung. Waffenanwendung erfolgte ausschließlich durch den Staat, der die Armee mobilisierte.

Im März 2011 protestierten Bewohner der Provinzstadt Dera'a gegen die Inhaftierung von Jugendlichen, die an Häuserwände Slogans der arabischen Revolte in Ägypten und Tunesien geschrieben haben. Das Regime reagierte mit brutaler Gewalt. In Reaktion darauf weitete sich die Bewegung rasch auf andere Städte aus. Wie im revolutionären Ägypten waren jede Woche mehr und mehr Demonstranten auf der Straße – in der Hoffnung, dies würde den Druck derart aufbauen, dass der Diktator schließlich nachgeben würde. Auch viele Begräbnisse wurden am Anfang zu Massenkundgebungen. Die Armee ließ sie von Heckenschützen beschießen und erzeugte damit nur neue Märtyrer und neue Demonstrationen. Im Sommer 2011 protestierten allein in der Stadt Hama jede Woche weit über 100.000 Menschen für Freiheit. Doch Anfang August rollten die Panzer in die Stadt ein, um die Bewegung zu zerschlagen. So wie in vielen anderen Ortschaften. Das Regime verfolgte von Beginn an den Versuch, die Bewegung im Blut zu ertränken. Der zivile Widerstand hat nie aufgehört.

2. Das Assad-Regime war nie „fortschrittlich“

1970 hat sich Hafez al-Assad an die Macht geputscht. Unter seiner Führung wurde in Syrien ein autoritäres, staatskapitalistisches Regime errichtet, das durch und durch militarisiert ist. Versammlungs- und Organisationsfreiheit wurden mittels eines umfassenden Repressionsapparates unterdrückt. Verschiedene Geheimdienste bespitzelten die Bevölkerung und führten willkürlich Verhaftungen durch.

Nach dem Tod von Hafez Assad wurde die Macht wie in einer absoluten Monarchie an seinen Sohn Baschar Assad weitergegeben. Unter ihm wurde die Wirtschaft liberalisiert. Die neoliberalen Reformen führten zur weiteren Verarmung der Bevölkerung, während einige wenige Geschäftsleute und Apparatschiks profitiert haben – zuallererst die Herrscherfamilie. Einer der reichsten Männer des Landes ist heute Rami Machluf, der Cousin Baschar Assads. Auch die wichtigen Eliteeinheiten der Armee werden weiterhin von Verwandten und Vertrauten des Präsidenten geführt.

Das Assad-Regime hat sich stets als säkular, fortschrittlich und antiimperialistisch gegeben. Manche Linke haben sich davon täuschen lassen – nicht zuletzt die Teile der Kommunistischen Partei in Syrien, die sich 1972 in die von der totalitären Ba'ath-Partei geführte „Progressiv-nationalistische Front“ haben einbinden lassen. Die Kommunisten wurden mit ein paar einflusslosen Ministerposten abgespeist. Für die Ba'ath-Herrschaft waren sie wertvoll, weil sie ihren Einfluss zur Lähmung der Gewerkschaften geltend machten. Die Teile der KP, die sich nicht einbinden lassen wollten, wurden verfolgt. Auch außenpolitisch war das Regime alles andere als „fortschrittlich“. 1991 war Syrien Teil der US-geführten Kriegsallianz gegen den Irak. Das Regime beteiligte sich schließlich seit 2001 am „Krieg gegen den Terror“ und bot seine Gefängnisse dem Westen als Verhörtzentren an. Außenpolitisch sind die libanesische „Partei Gottes“ Hisbollah und die „islamische Republik“ Iran die engsten Verbündeten. Auch der Säkularismus des Regimes ist sehr kalkuliert. Im Innern hat das Regime stets auf ein Bündnis mit dem Klerus als ein Gegengewicht gegen die Muslimbrüderschaft gesetzt. Zwischen 1970 und 2000 wurden rund 12.000 Moscheen von staatlich gesteuerten Institutionen gebaut. 1400 so genannter Assad-Institute zum Studium des Korans wurden eingerichtet. Die islamische Hierarchie der sunnitischen, schiitischen und drusischen Gemeinschaften hat das Regime immer unterstützt.

3. Ziviler und bewaffneter Widerstand sind Teil desselben Prozesses

Innerhalb der Armee gab es zunehmend Soldaten, die sich weigerten, auf Demonstrationen zu schießen. Anfang Juni 2011 kam es im nordsyrischen Dschisr ash-Schughur zu einer großen Meuterei innerhalb der bewaffneten Kräfte. In den folgenden Wochen und Monaten desertierten ungezählte Soldaten, von denen manche auf YouTube offen zum Widerstand aufriefen – häufig präsentierten sie dabei ihren Ausweis. Viele dieser Fahnenflüchtigen, denen der Tod droht, sind in ihre Heimatorte zurückgegangen. Sie bilden den Ursprung des bewaffneten Widerstands, der sich als lose verbundene Gruppen unter dem Begriff „Freie Syrische Armee“ (FSA) zusammengeschlossen hat. Einfache Arbeiter und arme Bevölkerung sind das Rückgrat des Widerstandes. Der linke Oppositionelle Michel Kilo schreibt: „Der Widerstand ist also nicht nur militärisch, und der Träger der militärischen Aktion ist im Grunde die Zivilbevölkerung.“

Es gab wiederholt Spannungen zwischen der Exilführung der FSA, die auf Kooperation mit dem Westen setzt und den Kräften der FSA vor Ort.

4. Ausländische Mächte wollen die Bewegung für ihre Interessen nutzen


Assad war der liebste Feind der USA: Er garantierte dem Staat Israel eine stabile Nordostgrenze trotz Besetzung der syrischen Golan-Höhen. Der designierte US-Außenminister John Kerry war zwischen 2009 und 2011 fünf Mal bei Assad zu Besuch und nannte ihn einen „Freund“. Seine Vorgängerin Hillary Clinton nannte ihm im März 2011 einen „Reformer“. Nichts kam den USA in Syrien ungelegener als eine unkontrollierbare Revolution mit ungewissem Ausgang. So brauchte US-Präsident Obama fünf Monate, bevor er das erste Mal im August 2011 den Rücktritt von Baschar Assad forderte. Die USA versuchen seitdem eine Strategie zu entwickeln, wie sie jenseits einer direkten militärischen

Einmischung einen kontrollierten Machtwechsel fördern können. Ihre Hoffnungen ruhten zunächst auf dem syrischen Nationalrat als einem prowestlichen Oppositionsbündnis. Nachdem der Nationalrat sich als unfähig erwiesen hat, orientiert sich die US-Diplomatie nun auf die im November in Qatar gegründete „Nationale Koalition“.

Sowohl Nationalrat, als auch nationale Koalition repräsentieren im Kern Exilpolitiker ohne echten Einfluss auf den Kampf in Syrien. Eine militärische Intervention des Westens, auf die diese Exilpolitiker hoffen, und die auch die türkische Regierung aus eigenen Interessen befürwortet, würde noch mehr Todesopfer kosten und wäre das Ende des revolutionären Prozesses. Unsere Unterstützung mit der Syrischen Demokratiebewegung muss deshalb stets mit einem entschiedenen Nein zu jeder ausländischen Intervention verknüpft sein.

5. Die Revolution geht weiter

In den letzten Wochen haben manche westliche Medien verstärkt über die Erfolge dschihadistischer Gruppen berichtet. Tatsächlich stammen diese Berichte vornehmlich aus Aleppo, wo bäuerlich geprägte Einheiten der FSA im August aus dem Umland ohne die Unterstützung der lokalen Koordinationskomitees (LKK) und FSA den bewaffneten Kampf begonnen haben. Diese Ausgangssituation sorgt immer wieder für Spannungen und scheint manchen salafistischen Einheiten, die als diszipliniert gelten, Kredit in Teilen der Bevölkerung zu verschaffen. Darüber hinaus schätzte der BND im Oktober 2012 die mit al-Qaeda liierten Kräfte in Syrien auf 200-300 bei geschätzten 40.000 Kämpfern insgesamt.

Doch dies ist nur eine Facette aus einem viel komplexeren Bild. Der Widerstand ist bis heute in der großen Mehrheit konfessionsübergreifend. Viele Alawiten, Christen und Drusen kämpfen gegen Assad. Anfang Januar 2013 melden die LKK, die den zivilen Widerstand organisieren und das eigentliche Rückgrat der Revolution bilden, Freitag für Freitag immer noch über 200 Demonstrationen. Weite Teile des Landes sind bereits der Kontrolle des Regimes entzogen. In einigen der befreiten Orte beginnt unter Luftbombardements und extremen Entbehungen der Aufbau von selbstverwalteten Strukturen. In Duma, einem großen Vorort der Hauptstadt Damaskus, wurde im Herbst ein vom Volk gewählter Rat gebildet, der den Widerstand koordiniert und den Wiederaufbau organisiert. Unter diesen schwierigen Bedingungen kann sich auch eine neue Linke in Syrien entwickeln. Es gibt eine Vielzahl an Blogs und Facebook-Seiten, die von rebellierenden Jugendlichen betrieben werden. An den Universitäten hat sich eine demokratische Union der freien Studierenden Syriens gebildet, ebenso wie eine oppositionelle, unabhängige Gewerkschaft der Lehrer. Auch neue Organisationen entstehen auf der Linken. Es sind diese Entwicklungen, die unsere Solidarität verdient haben. 

Wir danken recht herzlich unseren Autorinnen und Autoren

Matthias W. Birkwald

Köln, Mitglied des Deutschen Bundestages, Rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Christine Buchholz

Hessen, Mitglied des Deutschen Bundestages, Friedenspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Hadrien Clouet

geb. 13. Juli 1991 in Aix en Provence, studiert im zweiten Master-Jahr Soziologie an der SciencesPo in Paris, Deutschland-Beauftragter der frz. Linkspartei (Parti de Gauche), war 2011 Praktikant bei Andrej Hunko, MdB in der Fraktion DIE LINKE

Fabio De Masi

Berlin, Mitarbeiter von Sahra Wagenknecht im Deutschen Bundestag. Er ist Diplom-Volkswirt (Hamburg) mit einem Master in Internationalen Beziehungen (Kapstadt/Südafrika). Er war Tutor für Geld und Außenhandel im Master Political Economy of European Integration (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin) sowie für Makroökonomie an der UN-geförderten Global Labour University (GLU)

Richard Detje

Hamburg, Redakteur der Zeitschrift Sozialismus und Mitarbeiter der wissenschaftlichen Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik – WISSENTTransfer

Axel Gerntke

Frankfurt/Main, stellvertretender Kreisvorsitzender der LINKEN Frankfurt/Main, arbeitet als Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall

Harri Grünberg

wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE, Hessen), Mitglied des BundessprecherInnenrates der Sozialistischen Linken

Andreas Fisahn

Prof. Dr. jur., lehrt an der Universität Bielefeld öffentliches Recht, war Mitglied der Schiedskommission der LINKEN NRW

Katja Kipping

Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Mitglied des Deutschen Bundestages

Ralf Krämer

Berlin, ist einer der Bundessprecher der Sozialistischen Linken in der LINKEN. Er arbeitet als Gewerkschaftssekretär bei ver.di, Bereich Wirtschaftspolitik

Alexis Passadakis

Politikwissenschaftler mit Schwerpunkten Welthandel und Investitionen, Privatisierung und Mitglied der Attac AG Welthandel & WTO

Bernd Riexinger

Vorsitzender der Partei DIE LINKE, freigestellter Gewerkschaftssekretär bei ver.di

Alfred Spieler

Referent für Sozialpolitik der Volkssolidarität Bundesverband e. V. und verantwortlich für die Themenbereiche Alterssicherung/Rente, Gesundheits- und Pflegepolitik

Peter Wahl

Berlin, ist Mitarbeiter von WEED und einer der Gründer von attac in Deutschland

Sabine Zimmermann

Zwickau, Mitglied des Deutschen Bundestages, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, DGB-Regionsvorsitzende Südwestsachsen



Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname _____

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort _____

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum _____

Beruf _____

Telefonnummer _____

E-Mail-Adresse _____

Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher? _____

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die Partei DIE LINKE meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von ____ Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai in Höhe von ____ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.

Kontonummer _____

Bankleitzahl _____

Name und Ort des Geldinstituts _____

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied) _____

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum _____

Unterschrift _____

Ausfüllen, unterschreiben und einsenden an: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mit **SPENDE** die Arbeit der Sozialistischen Linken aktiv unterstützen

DIE LINKE erhält keine Großspenden von Lobbyisten und Konzernen. Darauf sind wir stolz. Unabhängige Politik braucht unabhängige Spender.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, liebe Genossin, lieber Genosse,

politische Arbeit kostet auch Geld. Ob Publikationen, Reisekosten oder Veranstaltungen: Oft heißt es „Ohne Moos nichts los!“. Deswegen bitten wir dich, die Sozialistische Linke finanziell zu unterstützen. Dies geht am besten mit der Überweisung einer Spende oder per Dauerauftrag.

Einzelspenden bitte an:

Partei Vorstand DIE LINKE
Konto-Nr. 132 257 31
BLZ 100 500 00
Berliner Sparkasse
WICHTIG: Stichwort **SPENDE Sozialistische Linke**



Einzugsermächtigung

Mit dieser Einzugsermächtigung ist die Partei DIE LINKE bis auf Widerruf berechtigt, meinen ab fälligen monatlichen Mitgliedsbeitrag für DIE LINKE in Höhe von _____ Euro von unten stehendem Konto abzubuchen.

Einzugsrhythmus (Zutreffendes bitte deutlich markieren):

monatlich/ vierteljährlich/ halbjährlich/ jährlich

Bankleitzahl: _____

Kontonummer: _____

Kontoinhaber/in: _____

Geldinstitut: _____

Akademie 28. - 30. Juni 2013 **mit der Sozialistischen Linken**

Sommer

ver.di Bildungszentrum „Das Bunte Haus“, Senner Hellweg 461, 33689 Bielefeld

DIE LINKE aufbauen: Klassenorientierung oder Partei neu erfinden?

Die Sozialistische Linke (SL) ruft zur Teilnahme an der 7. Sommerakademie des Soli-Vereins auf. Die Sommerakademie gehört zu den traditionsreichsten Angeboten der politischen Bildung im Umfeld der LINKEN. Egal ob alt, jung, Frau, Mann, KommunalpolitikerIn, Politprofi, SymphasantIn, Neumitglied oder „alter Hase“ - es lohnt sich teilzunehmen, denn die Sommerakademie

- ▶ bietet ein abwechslungsreiches Programm in schönem Ambiente und offener Atmosphäre,
- ▶ ist eine seltene Gelegenheit, den politischen Alltag hinter sich zu lassen, Kraft für den Wahlkampf zu tanken und zu debattieren,
- ▶ bietet Workshops mit spannenden Gästen aus Partei, Wissenschaft, Gewerkschaft und Bewegungen zu aktuellen Themen, zu linker Theorie, Strategie und Praxis (z.B. zu Wirtschafts- und Außenpolitik oder Wahlkampf in sozialen Brennpunkten),
- ▶ ermöglicht über Solipreise auch finanzschwachen GenossInnen eine Teilnahme am politischen Leben.

Alle Informationen und Anmeldung (ab April 2013):

www.soli-verein.de

sommerakademie@soli-verein.de

Klassenorientierung Bielefeld **Solidarität** **Strategie**
offene Atmosphäre **DIE LINKE** feiern **Gewerkschaft** **Wahlkampf**
Programm **Soli-Verein** **Sozialistische Linke** **Kraft tanken**
Sommerakademie **Diskussion** politische Bildung **Praxis**
Abwechslung **Theorie** Analyse **Bewegung** **Spaß**